

Zeitschrift: Zürcher Student : offizielles Organ des VSETH (Verband der Studenten an der ETH Zürich) & des VSU (Verband Studierender an der Uni)

Herausgeber: Verband der Studenten an der ETH Zürich VSETH ; Verband Studierender an der Uni VSU

Band: 54 (1976-1977)

Heft: 8

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zürcher Studentent

Offizielles Organ der Studentenschaft der Universität Zürich (SUZ) und des Verbandes der Studierenden an der ETH Zürich (VSETH) Neunmal jährlich



Redaktion/Administration:
Rämistrasse 66
8001 Zürich
Tel. ☎ (01) 47 75 30
Postcheck 80-35 598

Inserte:
Mosse-Annoncen AG
Limmatquai 94, 8023 Zürich
Tel. ☎ (01) 47 34 00
Einsp. mm-Zeile Fr. --

Abonnemente:
Jahresabonnement
inkl. «das Konzept»
Inland Fr. 22.--
Ausland Fr. 26.--

und das Konzept

Quartierpolitik in der Stadt Zürich: Kreis I

Das verwaltete Quartier

«Wir können aus nächster Nähe beobachten, wie unser Quartier immer mehr an Lebendigkeit, Wohllichkeit und Menschlichkeit einbüsst. Erschwingliche Wohnungen werden rar, die Bevölkerung nimmt ab, und die Wohnqualität verschlechtert sich.» Die Bewohner der Altstadt schätzen die Entwicklung ihres Kreises zum Banken- und Geschäftsviertel recht nüchtern ein. Ihr Einfluss im Quartier ist beschränkt. Aus der Planungsphase der kommunalpolitischen Entwicklungsprozesse etwa sind die Bewohner ausgeschlossen (wenn überhaupt geplant wird). Sie haben lediglich das Referendumsrecht – um das Schlimmste zu verhüten. Und die 4000 Stimmen, die es für das Zustandekommen eines Referendums braucht, sind für den einwohnerarmen Kreis I ein harter Brocken. Doch gerade die, welche im Kreis I nicht nur «auf Zeit» wohnen wollen, geben nicht auf: Sie organisieren sich in Quartiergruppen, Einwohnervereinen. – Wie es um die Quartierdemokratie und das Engagement der Bewohner in der «Grossstadt» Zürich steht, möchten wir wissen. Mit dem Kreis I fängt unsere Umfrage an.

Der Kreis I ist zum Zentrum der Banken und Versicherungsgesellschaften geworden. Jeden Tag verdrängen hier neue Arbeitsplätze einen Einwohner. Wie lange wird im Kreis I überhaupt noch gewohnt, beziehungsweise was haben die heute noch 7751 Einwohner zu «ihrem» Quartier zu sagen?

Quartiergremien noch Utopie

Quartiergremien, in denen die Einwohner als verbindliche Gesprächspartner der Stadtverwaltung in kommunalen Fragen mitsprechen können, gibt es in Zürich nicht. Die im Bericht Jürgensen vorgeschlagenen Quartiergremien, die eine Vertretung der Interessen der Quartierbewohner auf kommunalpolitischer Ebene institutionalisieren sollten, bleiben vorläufig papiere Utopie. Obwohl die Kommission des Gemeinderates, die den Jürgensen-Bericht bearbeitete, die Schaffung von Quartiergremien empfahl, lehnte die bürgerliche Ratsmehrheit dieses Begehren ab. Die Mitbestimmung der Einwohner auf Quartiersebene passte offenbar nicht in das Konzept der heutigen Stadtverwaltung.

Auch die «historisch gewachsenen» offiziellen Quartiervereine im Kreis I (das sind der «Renweg-Quartierverein» und der «Quartierverein rechts der Limmat») waren über den Vorschlag der Kommission nicht begeistert: Sie empfanden diese Gremien vor allem wenn sie parteipolitisch zusammengesetzt sein sollten, als Konkurrenz. Heute steht ihnen immerhin das «Privileg» der offiziellen Kontakte zur Stadtregierung zu. «Offiziell» heisst in diesem Zusammenhang, dass die Vereinspräsidenten vom Stadtpräsidenten jährlich zu einem Essen eingeladen werden, wo sie mit den «Sorgen» des Stadtrates abgesperrt werden.

Diskussionen «erübrigen sich»

Beide Quartiervereine stellen den Anspruch, die Interessen der Bewohner

¹ 100seitiges Werk zur Entwicklung der Stadt Zürich. Ausarbeitung von einem Bearbeiterteam unter der Leitung von Harald Jürgensen. Vergleich «zürcher student» 52/1, April 1974

des Kreises I zu wahren und zu vertreten. Doch die 200 Mitglieder des «Renweg-Quartiervereins» sind zu zwei Dritteln juristische Personen, und der Vorstand des «Quartiervereins rechts der Limmat» besteht ausschliesslich aus Geschäftsleuten, die zu einem grossen Teil gar nicht mehr im Kreis I wohnen, sondern sich in wohlhabendere Gegenden zurückgezogen haben. Der «Quartierverein rechts der Limmat» macht denn auch nach Auskunft des Präsidenten Heiner Schwarzenbach von Mitte Dezember bis Mitte Januar den Laden zu.

Die Aktivitäten dieser Quartiervereine bestehen denn auch zur Hauptsache in der Durchführung von Werbetafeln für die Geschäfte, geselligen Anlässen und einer Generalsammlung pro Jahr, für die ein reibungsloser Ablauf der Geschäfte ein Qualitätsmerkmal ist. Aus einem Versammlungsbericht des «Quartiervereins rechts der Limmat»: «Die statutarischen Geschäfte gaben keinen Anlass zu Diskussionen, und auch die verschiedenen Voten – teilweise politischer Natur – unter Traktandum «Diverses waren bald behandelt. Nicht dass diese Voten jeglichen Zündstoffes entbehrt hätten, aber der neugewählte Präsident Heiner Schwarzenbach wusste die Versammlung, zu der auffallend viele Mitglieder erschienen waren, so geschickt zu führen, dass sich weitere Diskussionen erübrigten» («NZZ», 14./15. Juni 1975).

Nicht ganz an den Bewohnern vorbei

Für die «teils urbane Atmosphäre und teils kleinstädtische Ambiance» der Zürcher Innenstadt oder, prosaischer gesagt, für die «Förderung und Erhaltung der City als Einkaufs-, Handels- und Wirtschaftszentrum» («TA», 19.12.75), setzt sich unter anderem die «City-Verzögerung» ein. Sie steht Firmen, Wirtschaftsorganisationen und Interessensverbänden offen. Auch der «Renweg-Quartierverein» zeichnet als Mitglied.

Neben den beiden offiziellen «Quartier-Gewerbe-Geschäftsvereinen» setzen sich im Kreis I noch eine ganze Anzahl anderer «Vereinigungen» für die «Interessen der Altstadt und der City» ein: die «Unternehmerrgemeinschaft Nieder-

dorf», die «Interessengemeinschaft Oberdorf», die «Vereinigung Bahnhofstrasse», die «Vereinigung Löwenstrasse»... Was die «NZZ» (15.10.75) über eine weitere Vereinigung



Zugunsten der Wohnbevölkerung

So ist eigentlich fast jeder Altstadt-Anwohner gezwungen, sich die Frage zu stellen, ob er – und das gilt vor allem für Familien mit Kindern – Nachteile wie primitive sanitäre Einrichtungen in alten Häusern oder dann aber horrend hohe Zinsforderungen in Neubauten hinzunehmen gewillt ist, oder ob er sich am Ende doch noch in die gesichtslosen Ausenquartiere verziehen soll.

Nun, wir haben uns für die erste Lösung entschieden. Wir bleiben in der Altstadt und wir wollen für deren Erhaltung etwas tun. Hier der Wortlaut unserer Zielsetzungen:

1. Wir beschäftigen uns mit den Problemen der direkt betroffenen und indirekt betroffenen, Bewohner, die alle den Zerfall des Quartiercharakters bedauern, oft aber unfähig sind, ihre Sorgen auszusprechen. Gesprächsvereine zu finden, die grösseren Zusammenhang zu sehen und etwas zur Verbesserung der Situation aktiv zu unternehmen.
2. Wir setzen uns ein für eine sozial vielfältige Einwohnererschaft und ein lebendiges, wohngerechtes Quartier mit seiner ursprünglichen, differenzierten Infrastruktur. Dazu gehören: a) Erhaltung und Vergrösserung des Wohnraumes zu erschwinglichem Preis. b) Erhaltung des Kleingewerbes, der Läden und Beizen, die auch den Bedarf der Quartierbewohner decken. c) Neutüblerden der Verkehrssituation. d) Verbesserung der Bedingungen für die Kinder (Spielplätze, Grünflächen usw.).

Es wäre für uns ohne Zweifel einfacher gewesen, einer schon bestehenden Organisation beizutreten. Unseres Wissens handelt es sich aber bei den Mitgliedern des Renweg-Quartiervereins vorwiegend um Leute, die Geschäfte und Läden in der Altstadt besitzen, ihren Wohnort aber ausserhalb der Stadt haben. Wie können wir erwarten, dass sie die Anliegen der Anwohnerschaft glaubhaft vertreten? Wir sind darum bemüht, eine möglichst vielschichtige, vielfarbige, überparteiliche Gruppe zu formieren, damit die verschiedenen Interessen im Quartier berücksichtigt werden. Es ist uns klar, dass wir die City mit ihrem berechtigten Geschäftscharakter nicht in ein fändlich-verträumtes Wohnquartier verwandeln können. Vielmehr möchten wir verhindern, dass gegenüber den Behörden die Geschäftsinteressen zu einseitig vertreten werden. Wir plädieren für eine Nutzungsänderung zugunsten der Wohnbevölkerung.

die «Vereinigung Limmatqual/Marktasse», schreibt, gilt wohl auch für die anderen Interessensverbände: Sie sind «ein Zusammenschluss von Geschäftsleuten, der aber immerhin nicht blind an den Interessen der Bewohner vorbeigt...» Im Fall des Rosenhof-Marktes etwa, der von interessierten Geschäften mit Unterstützung der Präsidialabteilung organisiert wurde ist, hat sich das Eingehen auf die (Konsum-)Interessen gelohnt.

Bau(m)politik

«Hier fällt ein Baum, da steht ein Kran, und ewig bohrt der Baggerzahn.» Auch im Kreis I. Auf den Baustellen wird meist an einer weiteren Bankfiliale, an einem noch prätentioseren Versicherungsgesäude gearbeitet. Kleine Läden und Beizen baggert man zu Geschäftsbauten und kulinarischen Etablissements um. Ausser es handle sich um historisch wertvolle Bauten; da verhindert die Stadtverwaltung, dass die Häuser der Bewohner durch geschäftstüchtige Privatleute entzogen werden: Diese Prunkstücke braucht sie selber, um sie Repräsentationszwecken zuzuführen. Zu sagen hat der Kreis-I-Bewohner dazu nichts. Kann er die Altstadtwohnung, die ihm teuer ist, nicht zahlen, so bleibt ihm nur noch die laue Sozialpolitik der städtischen Liegenschaftsverwaltung, wenn er im Zentrum der Stadt wohnen bleiben will.

Und die Häuser, einer nach dem andern, der Entwicklung zum Opfer, weichen zusammen mit den Bewohnern dem Verkehr, dem Profit, den Dienstleistungsbetrieben. Und nun kämpfen die verbliebenen Bewohner um die verbliebenen Bäume und wollen sogar neue pflanzen lassen. Mitglieder des «Einwohnervereins Altstadt links der Limmat» gaben ein Gesuch ein bei der Stadtverwaltung für über hundert Bäume in der Altstadt, nachdem das Begehren die verschiedenen Amtsstellen durchlaufen hatte, blieben noch ganz dre stehen. Man sammelt bereits Unterschriften für einen einzelnen Baum – und schlägt im übrigen vor, auf Privatinitiative «vielleicht im Rahmen eines Wettbewerbs» selber Fassaden zu begrünen.

Lohnt sich diese Efeu-Politik? Soll man die Aufforstungspläne für eine «Begrünung» der Altstadt ernst nehmen?

Die Forderung nach Erhaltung von Bäumen entspricht einem bei der in der Altstadt täglich anfallenden Abgasmenge sehr realistischen Bedürfnis derjenigen Leute, die in der Altstadt nicht nur (in klimatisierten Büros) arbeiten oder einkaufen, sondern auch wohnen. Sie ist ein Teil des Kampfes um Lebensqualität in der Innenstadt, den gerade der erwähnte Einwohnerverein mit viel Initiative und Geduld aufgenommen hat. Der Weg führt wieder einmal auf einem langen Marsch durch die Institutionen, durch die Verwaltung, die für den letzten Baumfall einen Sachweg oder eine Ausrede bereit hat. Ursprünglich (als die Stadt noch ein Städtchen war mit grüner Allmend in Würfelweite!) hatte es in der Stadt auch keine Bäume. Die heutigen Bewohner haben sich danach zu richten, nicht?

Wenn es Forderungen der Quartierbewohner politisch durchzusetzen gilt, stossen auch aktive Einwohnervereine heute schnell an Grenzen. Die Bäume wachsen nicht in den Himmel. Die Parteien sind nicht in der Mehrheit, die realisieren würden, was der Bürgermeister von Bologna versucht: «Im Alltag der Quartiere haben wir niemals die Parteienfrage in den Vordergrund gestellt, sondern es ging uns immer um die Verständigung zwischen Meinungen, um eine Konfrontation von Ideen und um die Erforschung der Bevölkerung – um eine Ausweitung der Demokratie also.»

Bruno Baeriswyl/Lisette Suter

Aktive Mütter

Dass es aber auch noch andere Probleme im Kreis I gibt, die das Leben der Bewohner dort bestimmen, zeigt der «Einwohnerverein Altstadt links der Limmat» auf. Der «Einwohnerverein Altstadt links der Limmat», seit etwa drei Jahren aktiv, besteht nur aus Leuten, die auch im Kreis I ihren Wohnsitz haben (keine juristischen Personen). Entstanden ist er aus einer Initiative von rund zehn Müttern, die immer weniger Spielplätze für ihre Kinder vorfinden. Aus dieser Gruppe kamen die ersten Vorstösse an den Stadtrat für einen Kinderspielplatz auf dem neuen Urania-Parkhaus. Auch setzten sich diese Frauen für die Beibehaltung des Kinderspielplatzes auf dem Lindenhof ein.

Die kleine Gruppe von interessierten Quartierbewohnern wurde allmählich grösser, und man begann gemeinsam Zielsetzungen für eine Quartierarbeit zu erarbeiten. Ein Verein wurde gegründet, da die bestehenden Quartiervereine die Vertretung der Interessen der Bewohner nicht gewährleisten würden (siehe Kasten links).

In Arbeitsgruppen versucht man diese Zielsetzungen zu realisieren. Wohnen, Verkehr, Kinderspielplätze, Bäume sind die Themen, die zurzeit am meisten beschäftigen.

Quartierarbeit und Parteipolitik

Stark engagierte sich der Einwohnerverein, als es um den Liegenschaftsabtusch der Stadt mit dem Generalunternehmer Steiner ging. («Steiner» – Kaufhandel), zwei städtische Altheigenschaften sollten gegen das Utokulm-Restaurant abgetauscht werden, was dem Generalunternehmer Steiner eine «Total-sanierung» seiner Altsiedlungsfläche ermöglicht und den Einwohnern eine weitere Verminderung um zugleich auch Verteuerung des Wohnraumes gebracht – hätte.)

Mit der Öffentlichkeitsarbeit im Fall Steiner hat sich der «Einwohnerverein in Altstadt links der Limmat» auch politisch exponiert. Das Verhältnis von

Quartierarbeit und Parteipolitik wurde zu einem Kernpunkt der internen Auseinandersetzungen.

Mit über 160 Mitgliedern ist die SP 1 die im Quartier am besten vertretene Partei. Lediglich die FDP 1 hat noch etwas über 30 Mitglieder auf dem Papier. Die anderen bürgerlichen Parteien weisen bestenfalls einen Brückkasten oder ein Postfach im Kreis I auf.

Als einzige im Kreis I in der Quartierpolitik aktive Partei führte die SP 1 zusammen mit dem «Einwohnerverein Altstadt links der Limmat» die Kampagne gegen den Steiner-Handel. Von daher wird der Einwohnerverein oftmals mit der SP identifiziert, obwohl er sich auf keine politische Linie festlegen will. So bezeichnete etwa der Obmann der Konferenz der Quartiervereinspräsidenten von Zürich², Ernst Kägi, den Einwohnerverein als «politische Organisation, eindeutig SP-orientiert». Der Einwohnerverein kann zwar in seinen Stellungnahmen für die politische Stellungnahme neutrale Haltung herausheben und sogar auf Beiträge in der SP-Quartierzeitung verzichten, um parteipolitisch unabhängig zu sein; wenn es aber um die Durchsetzung von Interessen der Quartierbewohner geht, kann er nicht in

Fortsetzung auf Seite 2

² Vereinigung der offiziellen Quartiervereine

Hans Huber
ein Synonym für Medizin und
Psychologie

Hans Huber
Buchhandlung für Medizin und Psychologie

Zeltweg 6
beim Schauspielhaus
01 34 33 60

Ladenöffnungszeiten:

Montag-Freitag 08.30–18.30 durchgehend
Samstag 08.30–12.30

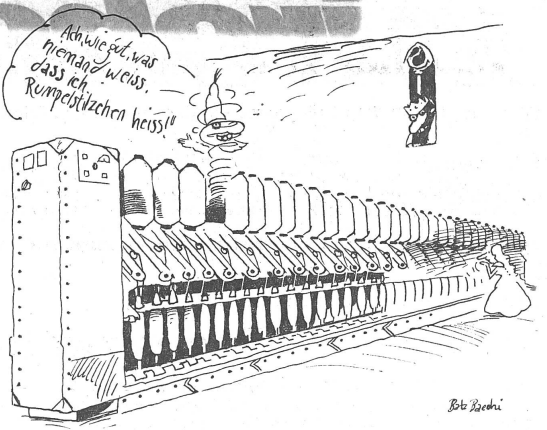
Preisentwicklung industrieller Produkte und Überkonsum

Das moderne Rumpelstilzchen

Ganz früher einmal trug es sich zu: Ein König mit goldgeriemem Herzen sperrte Nacht für Nacht eine schöne Müllerstochter in eine Kammer voll Stroh, das sie zu Gold spinnen sollte. Die Jungfer Müllerin, ein ganz normaler Mensch, verstand nichts davon. Sie war auf die Hilfe eines kleinen hässlichen Männchens angewiesen, dessen Namen sie nicht einmal kannte. Es verwandelte zur überwältigenden Freude des Königs Nacht für Nacht immer mehr Stroh in Gold. Von der unglücklichen Jungfer aber forderte es Nacht für Nacht immer mehr Lohn. Aus dieser Abhängigkeit vermochte sich die Müllerstochter bekanntlich nur zu befreien, indem sie das Männchen beim Namen nannte: Rumpelstilzchen. Goldgierige Könige gibt es heute nicht mehr, aber profitorientierte Unternehmen. Rumpelstilzchen mit seiner ungeheuren Produktivität ist kein hässliches Männchen mehr, sondern blitzblanke Technologie, hochgezüchtete Produktionsweise. Wem nützt sie?

Sicher klingt das Geld in den Kästen der Unternehmer, und auch der Konsument kauft dank Rationalisierung in den Betrieben preisgünstiger ein. Rationalisierung ist jedoch nur bei grosser Produktion möglich: Im Kauf der billigen Ware inbegriffen sind die Probleme der industriellen Überproduktion. Kame zum Beispiel ein Kilogramm Garn oder Faden für Näh-, Web- oder Strickzwecke und ähnliches und somit ein Kilogramm Kleider überhaupt nicht billiger zustande, wenn in den Spinnereien langsamer produziert würde und wir uns mit einem kleineren jährlichen Konsum an Textilien zufriedengäben? Die folgende Studie, welche auf einer Diplomarbeit am Textiltechnischen Institut der ETH Zürich aufbaut, versucht, am Beispiel der Garnproduktion in Spinnereien eine Antwort auf diese spezielle Frage zu geben und auf diese Weise das Problem der industriellen Überproduktion einzukreisen.

René Ruoff



Ein sehr grosser Teil unserer Konsumprodukte, von den Eiern über Textilien, von kleinen Alltagsartikeln bis zu teuren Seriefabrikaten wie Kühlschränke und Fahrzeuge, wird heute mittels starker Rationalisierung kosten- und daher preisgünstiger fabriziert als früher. Wichtig dabei ist die Produktionsleistung (oder kurz: Produktion), also eine Grösse in Kilogramm pro Stunde oder Franken pro Stunde. Denn die für die Rationalisierung investierten Einrichtungen müssen innerhalb ihrer Lebensdauer abgeschrieben werden können, sie kosten also auch Franken pro Stunde. Wenn diese Kosten auf eine grosse Menge Güter, die in dieser Zeit produziert werden, verteilt werden können, fallen sie natürlich pro Produkt kleiner aus.

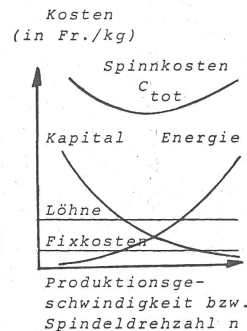
gezo-gen werden oder auch diejenigen, welche die Öffentlichkeit, d. h. die Konsumenten, via direkte Steuern, hohe Kleinbezüger-Strompreise oder via Umverteilung durch den raschen Konsum löst.

Im ersten Abschnitt sollen nur die betrieblichen Kosten für die Garnherstellung mit der Produktionsgeschwindigkeit in Zusammenhang gebracht werden, und erst am Schluss sollen die volkswirtschaftlichen Kosten auch noch betrachtet werden.

Das Spinnen und seine Kosten

Bei der Garnherstellung erteilt eine Ringspinnmaschine, an mehreren hundert Arbeitstischen gleichzeitig, den leicht vorgedrehten Baumwoll- oder Wollsträngen (Vorgarne) ihre endgültige Drehung, indem ein um die Spule rotierender Läufer das zugelierte Vorgarne auf die Spindel aufwickelt. Lässt man das Vorgarne langsam zu und lässt man die Spindel, welche den Läufer auf dem Ring schleppt, sehr schnell rotieren, so entsteht ein stark gedrehtes und somit festes Garn. Diese auf hohen Drehzahlen rotierenden Spindeln sind enorme Energieverbraucher, da der Energieaufwand für den Hauptantriebsmotor etwa im Quadrat mit der Spindeldrehzahl anwächst. In einer Spinnerei gehen dann etwa 60 bis 80% der Energiekosten für sämtliche Spinnereimaschinen (vorbereitende Maschinen) auf das Konto der Ringspinnmaschinen.

Nebst den Energiekosten reihen sich noch Maschinenabschreibungskosten, Raumstellungskosten (zusammen Kapitalkosten) sowie Lohn- und Fixkosten zu den totalen Spinnkosten von Fertiggarne. Untenstehendes Diagramm zeigt die Abhängigkeit der Spinnkosten von der Produktionsgeschwindigkeit:



Schnurr, schnurr... immer schneller...

Die heute im Betrieb stehenden Ringspinnmaschinen (RSM) erreichen genau diejenigen Spindeldrehzahlen, mit welchen man das kostengünstigste Garn herstellen kann. Diese minimalen Kosten liegen in der Talsohle der Kurve C_{tot} (siehe Diagramm). Natürlich treffen die z. B. von der Firma Rieter empfohlenen Drehzahlen nur für bestimmte Maschinenpreise, Strompreise, Abnutzungsdauer usw. zu, was an den folgenden Zahlenbeispielen illustriert wird:

Beispiel 1 für Industriestaat:

Raumnutzungsdauer für den RSM-Betrieb	30 Jahre
Nutzungsdauer der RSM (kalendarische)	10 Jahre
Strompreis	0.06 Fr./kWh
Resultierende Garnherstellungskosten C_{tot}:	
Spindeldrehzahl	Kosten C_{tot}
10 000 U/min	0.98 Fr./kg
8 000 U/min	1.01 Fr./kg
540 kg/h	432 kg/h

Es zeigt sich, dass unter den getroffenen ökonomischen Verhältnissen die niedrigsten Herstellungskosten bei einer Spindeldrehzahl von etwa 10 000 U/min erreicht werden. Für längere Nutzungsdauern von Maschine und Raum, welche sich für eine Ringspinnmaschine technisch bis auf 40 bzw. 100 Jahre erstrecken können, liegt jedoch der tiefste Punkt der Kostenkurve bereits bei klei-

neren Tourenzahlen als der von Rieter empfohlenen.

An einem weiteren Beispiel, welches für die Garnherstellung in einem Entwicklungsland typisch ist, soll dies aufgezeigt werden, indem nur diese Nutzungsdauern verlängert werden sowie ein realistischer Strompreis von 0.10 Fr./kWh eingesetzt werden soll:

Beispiel 2 für Entwicklungsland

Raumnutzungsdauer für den RSM-Betrieb	50 Jahre
Nutzungsdauer der RSM (effektive)	30 Jahre
Strompreis	0.10 Fr./kWh
Resultierende Garnherstellungskosten: C_{tot}	
Spindeldrehzahl	Kosten C_{tot}
10 000 U/min	0.59 Fr./kg
8 000 U/min	0.56 Fr./kg
6 000 U/min	0.56 Fr./kg
4 000 U/min	0.61 Fr./kg
2 000 U/min	0.87 Fr./kg
540 kg/h	432 kg/h
324 kg/h	216 kg/h
108 kg/h	108 kg/h

Aus einem Diskussionsprotokoll

Wir meinen die Altstadt müsse nicht aussterben!

D.: Was sollte die Erneuerung der Altstadt zur sich gehen? Wie können schlagartige Veränderungen verhindert werden? Wo sieht die Zukunft unseres Quartiers aus?

M.: Kurzfristig lässt sich nichts machen. Die jetzige Situation hat sich langfristig entwickelt. Solange die Bevölkerung

K.: Eine Entwicklung muss sein, aber sie muss human sein. Anonymer Besitz führt zu inhumanen Entwicklungen. Jeder sollte überblicken, was er besitzt, und selber die Konsequenzen erleben.

M.: Die Schönheit unserer Städte entsteht im Mittelalter, wo ein einzelner bestimmte, Mit demokratischen Mitteln ist eine Stadt schwer zu gestalten.

K.: Der Vergleich mit dem Mittelalter nützt. Ein Fürst ist nicht anonym.

D.: Was wir brauchen, sind Spezialgesetze für die Altstadt, wie z. B. in Bologna.

P.: Unsere Verhältnisse sind anders. Bei uns herrscht ein bürgerliches Leitbild. In Bologna bestimmt eine kommunistische Regierung.



nicht sensibilisiert wird für die Probleme der Altstadt, ist nichts zu machen. Also sollten wir diese Sensibilität wecken, Presse, Politiker mobilisieren.

D.: Sollten wir nicht utopische Vorstellungen, wie dieses Quartier aussehen könnte, entwickeln?

R.: Wir sollten darauf beharren, dass wenigstens die Wohnflächenanteile des Wohns des Quartiers eingehalten werden.

Das verwaltete...

Fortsetzung von Seite 1

Jedem Fall eine Zusammenarbeit mit einer politischen Partei umgehen. Und damit ist, wie sich im Fall Steiner herausstellte, das Image der Überparteilichkeit schon gefährdet.

Die «politisch neutralen» historischen Quartiervereine mischen in der Politik kräftig mit: Das Portieren von Gemeinde- und Stadtratskandidaten gehört wohl zu ihren wichtigsten Nebenzeugen. Im Gegensatz dazu macht der Einwohnerverein Quartierpolitik, auch wenn er von Fall zu Fall parteipolitische Unterstützung hat.

Eigentliche Quartiergremien, wo die Bewohner direkt an der Stadtverwaltung teilnehmen könnten, gibt es wie gesagt (noch) nicht. Eine Mitbestimmung der Quartierbewohner an der Stadtentwicklungspolitik wäre im Kreis 1, welcher von der Fehlplanung vor allem der 60er Jahre besonders betroffen wurde, dringend notwendig.

Bruno Baeriswyl/Lislotte Suter

FREIHOFFER'S
Wissenschaftliche Buchhandlungen
Naturwissenschaft
Medizin
Technik
Wirtschaftswissenschaft
Universitätstrasse II
8006 Zürich
Telefon 01/60 42 82

Stadtentwicklung, Stadtzerstörung

- «Zürcher student» und «das Konzept» über die Zürcher Altstadt.
- «Schieksal einer Altstadtdiälye - Stein um Stein in Steiners Hände», zs 54/3, 1976
 - «City-Vereinigung: 20 Postulate für die Platzzerstörung», «Stadtrat verschachtet Flusslandschaft», zs 53/8, 1976
 - «Banken planen ihre City», zs 52/8, 1975
 - «Spiegelin; Spiegelin; in der Gasse... Die Wohnungsmot des ETH-Schulratspräsidenten», zs 51/9, 1974
 - «Zürich, die Park-City in Grau», zs 52/5, 1974
 - «U-Bahn: Monopole rüsten zum Kampf», Konzept Nr. 1/1973
 - «Bärggasse: Allmacht der Besitzer», zs 51/7, 1973
 - «Mühlegasse: Häuserabbruch?», zs 50/4, 1972
- Jede Nummer kann gegen 1 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion bezogen werden. Alle Nummern zusammen sind für 6 Franken zu haben.

Bücher kauft man am Limmatquai
18
in der Buchhandlung
ZUM ELSÄSSER
Arnold & Samm AG

zürcher student
Offizielles Organ des Verbandes der Studierenden an der ETH-Zürich und der Studentenschaft der Universität Zürich, unter Beteiligung des Verbandes der Studierenden der Dolmetscherschule. Erscheint neunmal jährlich. Auflage 17 000.
Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz. Telefon 0 (01) 47 73 30. Postcheckkonto 80-3598.
Redaktion: Bruno Baeriswyl, Georg Hodel, Matthias Moser, Lislotte Suter.
Die im «zürcher student» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder. Abdruck von Artikeln nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion gestattet.
Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.
Grafische Gestaltung: Arthur Doppmann
Inserate: Mosse-Annnon AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. 0 (01) 47 34 00, Telex 55 235.
Druck und Versand: Tagess-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.
Redaktionschluss Nr. 9: 21. 1. 77
Inseratenschluss Nr. 9: 28. 1. 77

stadtplanung

12./13. März: Die voraussichtlich endgültige Volksabstimmung über das Expressstrassen-Ypsilon

Zürcher Ypsilon – zum letzten Mal?

Weil die Zürcher Behörden sich vor zwei Jahren geweigert haben, den Volkswillen anzuerkennen, musste zum zweiten Mal eine Initiative gegen das Expressstrassen-Ypsilon lanciert werden. Diese Initiative gelang am 12./13. März zur Abstimmung. Warum diese zweite Abstimmung stattfinden muss, worum es dabei geht und was auf dem Spiel steht, darüber informiert der folgende Artikel. Ebenso klar, wie die betroffene Bevölkerung vor zwei Jahren gegen das Ypsilon entschieden hat, ebenso klar wird heute daran weitergebaut. Dieser Artikel geht deshalb auf die Frage nach, ob das Ypsilon überhaupt noch zu stoppen ist. In der nächsten Nummer werden wir noch je eine befürwortende und eine ablehnende Stellungnahme zur Initiative abdrucken.

Dass das Zürichvolk ein zweites Mal über dieselbe Sache abstimmen muss, ist nicht auf eine Zwangslage der Y-Gegner zurückzuführen, sondern auf die Weigerung von Regierungsrat und Stadtrat, den 1974 zum Ausdruck gebrachten Volkswillen zu respektieren. Wie die Stimmbürger damals betrogen worden sind, lesen Sie weiter unten unter dem Titel «Der Volksbetrug vom 1974» (oder ausführlich im «konzept» vom April 76).

Was heute zur Diskussion steht, ist die «Volksinitiative für ein Zürich ohne Expressstrassen», von den Progressiven Organisationen Zürich gleich nach der ersten Abstimmung lanciert als Antwort auf die falsche Auslegung des Abstimmungsergebnisses. Sie verlangt schlicht und einfach:

«Die auf dem Gebiet der Gemeinde Zürich legenden, nicht zur Umfahrung gehörenden Verbindungsstücke der Nationalstrassen N1 und N3 (sog. städtische Expressstrassen) sind aus dem Nationalstrassennetz herauszunehmen.»

Wie 1974 handelt es sich dabei um eine sogenannte Ständesinitiative, d. h. die obere Forderung muss, wenn die Initiative angenommen wird, vor die Bundesversammlung gebracht werden, die endgültig darüber beschliesst.

Was bewirkt die Initiative?

Hat die Initiative vor der Bundesversammlung denn überhaupt eine Chance? Sicher. Erstens können es sich die eidg. Räte politisch kaum leisten, gegen einen klaren Mehrheitswillen der gesamten Kantonsbevölkerung zu entscheiden; in einer Sache zumal, die von keiner nationalen Bedeutung ist, sondern nur den Kanton Zürich etwas angeht, letztlich eigentlich sogar nur die Stadt.

Zweitens gibt es immer noch das Versprechen von Bundesrat Tscharli: «Expressstrassen werden nie gebaut werden, wenn Bund, Kantone und Städte sich unter Zustimmung des Volkes – verständigen. Ein Projekt, das von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird, wird auch nicht vom Bundesrat genehmigt werden.»

Drittens ist der Bund in der Finanzklemme. Er wird kaum ein Interesse daran haben, Hunderte von Millionen Franken nach Zürich zu pumpen, für etwas, das dem Bund nichts nützt und das die Zürcher gar nicht wollen. Aussergewählten der Initiative, die sich «die in Bern» nur darauf warten, die Ypsilon-Übung schicklich abbrechen zu können.

Was bedeutet es also, wenn die «Volksinitiative für ein Zürich ohne Expressstrassen» am 13. März angenommen wird? Es bedeutet, dass ganz sicher kein neues Y-Teilstück mehr in Angriff genommen werden wird. Damit ist auch sichergestellt, dass die heute noch intakten Flusslandschaften von Limmat und Sihl, mitten im Zentrum der Stadt, nicht bis zur Unbrauchbarkeit verschandelt werden. Ob der Milchbuck, an dessen Portaleinschnitten seit letzten Frühling völlig überleert gearbeitet wird, tatsächlich noch zu Ende geführt wird, bleibt offen. Es besteht durchaus die Chance, dass auch da nicht mehr weitergebaut würde. Die Häuser am Südportal sind zwar geschleift, aber ganz sicher selbst ist noch kein Meter gebohrt. Im März wird noch nicht einmal die Tunnelbohrmaschine montiert sein.

Was nicht?

Und was passiert, wenn die Initiative abgelehnt wird? Dann wird das Ypsilon gebaut werden bis zum bitteren Ende. Dann ist wohl die letzte Chance vorbei, ein Milliarden-Monsterbauwerk zu verhindern, dessen Konzeption längst überholt ist und zu dem eigentlich niemand mehr recht stehen kann.

Einigens wilden Gerüchten, die in der Kantonsratsdebatte über die Initiative zu hören waren, muss aber mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Etwas bedeutet eine «Annahme der Initiative sicher nicht»: Dass nämlich die bestehenden Teilstücke des Ypsilons der Eidgenossenschaft für teures Geld abgekauft oder dass sie nun gleich abgebrochen werden müssten. Das sind nur unvernünftige und rein ideologische Behauptungen, die der bestehenden Rechtslage klar widersprechen. Nichtsdestoweniger werden sie im kommenden Abstimmungskampf wieder zu hören sein.

Was unterscheidet die neue Initiative von der alten? Sie ist präziser formuliert. Der Titel heisst nicht «für ein Zürich ohne Expressstrassen» und verlangt so bereits im Titel nach dem Ja. Die alte Initiative hiess «... gegen das Ypsilon» und stiftete damit viel Verwirrung. Ein Nein zum Ypsilon musste nämlich

durch ein Ja (zur Initiative) ausgedrückt werden. Das haben viele offenbar nicht realisiert.

Die neue Initiative beinhaltet nicht mehr die Sidumfahrung mit dem Seentunnel. Das hat der ersten Initiative viele Stimmen gekostet.

Vor allem aber gelangt die jetzige Initiative ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung. Der Stimmbürger kann sich also ganz klar für oder gegen ein expressstrassenfreies Zürich aussprechen.

2 Milliarden Gesamtkosten

Nach den offiziellen Kostenberechnungen (Stand 1973) setzen sich die Aufwendungen für das ganze Ypsilon folgendermassen zusammen (in Klammern: die bis jetzt verbauten Beträge; beides in Mio. Fr.):

Brunau-Sihlbühl (Sihlhochstrasse)	72 (66)
Sihlbühl-Letten (Sihlstrasse)	300 (-)
Lettenriedeck	50 (-)
Letten-Milchbuck (Milchbucktunnel)	357 (5)
Milchbuck-Aubrigg (Nordast Schw'dingen)	250 (130)
Letten-Hardturm (Westast Limmat)	300 (-)
Total	1329 (201)

Nicht enthalten sind darin die Kosten für die vorgesehene Parkhäuser, für die notwendigen städtischen Anschlussbauten, für die Überdeckung des Milchbucktunnel-Südportalen usw. Ferner ist zu berücksichtigen, dass es sich bei den zwei grössten Brocken um Tunnelbauten handelt (z. T. sogar im Grundwasser), wo bekanntlich Kostenüberschreitungen von 100% nicht aussergewöhnlich sind. Es ist daher gar nicht übertrieben, die Gesamtkosten mit 2 Milliarden Franken zu beziffern.

Wer bezahlt das? Nach dem geltenden Schlüssel bezahlt der Bund 58%, Stadt und Kanton Zürich müssen für je 21% aufkommen. Das Ypsilon kostet Stadt und Kanton also die Kleinigkeit von je 420 Mio. Franken. Bedenkt man, dass die Hälfte der kantonalen Steuereinnahmen aus der Stadt stammt, so muss die Stadt sogar für über 600 Millionen aufkommen.

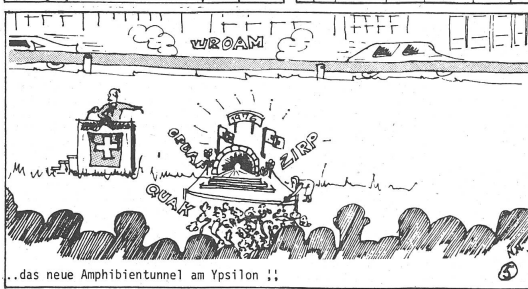
Ist es schon zu spät?

Die Frage wird immer wieder gestellt. Ob jetzt, 3 Jahre nach der ersten Abstimmung, nicht bereits zuviel investiert sei, als dass man jetzt noch aufhören könne. Die Kostenaufstellung zeigt

Einmal mehr kann das Schlagwort von der «sturen und unflexiblen staatlichen Planung» wiederlegt werden, das von gewissen Seiten... äh...mh...



Mit dem Willen des Volkes konnte heute dieses stolze Werk fertiggestellt werden...



aber, das von den zu erwartenden 2 Milliarden erst etwa 10% verbaut worden sind. Die Frage müsste also lauten: Soll man, nachdem 10% investiert sind, deswegen die restlichen 90% auch noch in eine Fehlplanung stecken?!

Und zum andern: Seit 1974, als sich eine Mehrheit gegen das Y entschieden hatte, hat sich die Situation nicht wesentlich verändert. Der Nordast, in dem jetzt am meisten Geld schon drinsteckt, war bereits vor zwei Jahren im Bau und stand nicht mehr zur Diskussion. Dazugekommen ist einzig der Geländeinschnitt beim Milchbucktunnel-Südportal. Sonst nichts. Gar nichts.

Nutzlose Teilstücke?

Eine andere Frage ist die, ob die beiden nun bestehenden Teilstücke des Y, die Sihlhochstrasse und der Nordast bis zum Milchbuck, dann einfach nutzlose Investitionen wären, wenn das Y nicht fertig gebaut wird. Diese Frage ist vom Eidg. Amt für Strassen- und Flussbau bereits 1973 mit einem klaren Nein beantwortet worden. Es hielt damals unmissverständlich fest, dass die genannten Abschnitte auch isoliert durchaus eine sinnvolle Funktion erfüllen können.

Am Milchbuck wird ein ohnehin ein Parkhaus mit 2000 Parkplätzen vorgesehen. Diese Parkplätze werden im Sinne von Park und nicht nur dann wirklich benützt, wenn die Autobahn dort aufhört. Sonst fährt doch jedermann gleich durch den Tunnel in die Stadt hinein.

Die Ungewissheit und Planungslosigkeit scheint ohnehin das einzig Sichere an der Y-Bauerei zu sein. Noch heute besteht kein ausführendes Projekt für die Sihlstrasse. Noch heute weiss kein Mensch, wo der Westast durchgeführt werden soll. Vor einem halben Jahr hat der Kanton angefangen, das Lettenriedeck völlig neu zu planen. Noch heute weiss keine Amtsstelle, wie der Verkehr im Milchbucktunnel auf die Sihlstrasse geführt werden soll, solange die Sihlstrasse noch fehlt. (Und das wird mindestens 10-15 Jahre der Fall sein.) Der Zürcher Polizeivorstand erklärt sich ausserstande, jetzt schon ein Konzept für diese Verkehrsführung vorzulegen. Der VBZ-Direktor sieht dafür um so schwärzer für den öffentlichen Verkehr, der auf weiten Gebieten massive zusätzliche Behinderungen erfahren wird...

Die Volksabstimmung vom 22. September 1974 brachte kein überraschendes Ergebnis. Nach einem manipulierten Abstimmungskampf trat das an, worauf die Y-Befürworter spekuliert hatten: Sowohl die Initiative als auch der Ge-

genvorschlag wurden vom Volk abgelehnt. Obwohl sich die Bevölkerung der Stadt Zürich mit der Annahme der Volksinitiative klar gegen das Y ausgesprochen hätte, verkündete der damalige Baudepartementchef: «Das Zürichvolk wünscht keine Veränderung am bewilligten Y-Projekt» (TA vom 25. 9. 74).

Doch diese regierungsrätliche Interpretation, der sich auch die bürgerliche Presse anschloss, geht am Volkswillen völlig in der Frage, ob die Volkswillenscheid der direkt betroffenen Stadtzürcher Bevölkerung gar keine Bedeutung zukomme, bloss weil die Abstimmung aus verfassungsrechtlichen Gründen kantonal durchgeführt werden musste, hätten sich Stadt- und Regierungsrat die Antwort nicht so leicht machen dürfen.

Der Volksbetrug von 1974

Inhaltlich standen sich am 22. September tatsächlich drei mögliche Alternativen gegenüber: Y, I und Beschränkung auf die Autobahnumfahrung. Da Paragraph 6 des Initiativenrechts bestimmt, dass jeweils nur über zwei sich gegenüberstehende und sich ausschliessende Vorlagen abgestimmt werden kann, muss eine allfällige dritte Variante indirekt aus dem Abstimmungsergebnis der beiden anderen Vorlagen herausinterpretiert werden. Dieser Interpretationspielraum – und darum handelt es sich in jedem Fall immer dann, wenn drei Varianten zur Diskussion stehen – lässt sich manipulieren: Diejenige der drei Varianten, über die nicht direkt abgestimmt werden kann, sondern die nur durch ein doppeltes Nein ermittelt wird, erhält *zwangsläufig Stimmen geschenkt*. Welche Vorlage also von vornherein mehr Chancen hat, ist einzig und allein von der Fragestellung abhängig.

Beim Y sieht das Abstimmungsergebnis vordergründig so aus: Beide Vorlagen scheinen abgelehnt zu sein. Die Initiative wurde mit 138 227 Nein zu 101 837 Ja, der Gegenvorschlag mit einem Stimmenverhältnis von 128 795 Nein zu 111 128 Ja abgelehnt.

Doch der Schein trügt. Wenn alle Y-Gegner völlig zu Recht zugleich auch den Gegenvorschlag (das «I») abgelehnt haben und alle Befürworter des I (wegen der umstrittenen Sidumfahrung) die Volksinitiative abgelehnt haben, dann haben die Y-Befürworter 100 000 Stimmen geschenkt erhalten, die mit Sicherheit nicht als *Votum für das Y* zu verstehen sind.

Die Minderheit von rund 27 000 Y-Befürwortern hat also bloss wegen dieser zufälligen Fragestellung und einer falsch interpretierten Wahlarithmetik die beiden grossen Mehrheiten von je über 100 000 Stimmbürgern überstimmt. Hätten sich dagegen das Y und das I direkt gegenübergestellt, wäre also die Fragestellung etwas verändert worden, so wären sowohl das Y wie auch das I verworfen worden. Ob ein Abstimmungsmodus, der lediglich aufgrund verschiedener Fragestellungen völlig erschiedene Abstimmungsergebnisse «produziert», überhaupt verfassungsrechtlich zulässig ist, dürfte mit Recht bezweifelt werden.

Dass auch der manipulierte Abstimmungskampf auf fruchtbaren Boden fiel, und manchen uninformierten oder falschen Stimmbabgabe bewog, bewies eine Untersuchung zweier Soziologen kurz nach der Abstimmung. Zahlreiche Stimmbürger sind der verwirrenden Fragestellung zum Opfer gefallen und haben ihren Stimmzettel falsch ausgefüllt. 19 Prozent der Stimmbürger in der Stadt Zürich haben sich gegen ihren Willen für das Y ausgesprochen, auf dem Land waren es sogar 33,4 Prozent der Y-Gegner, die für etwas anderes gestimmt hatten, als sie eigentlich wollten. Wenn man diese Zahlen berücksichtigt, waren es in der Stadt 71 Prozent auf dem Land 55 Prozent der Unrenegänger, die gegen das Y stimmen wollten.

«Funktionswandel» des Y

Ursprünglich sollte das Y eine Verknüpfung der im Raum Zürich zusammenlaufenden Autobahnen herstellen. Das Schwergewicht lag also auf der Bewältigung des Durchgangsverkehrs. Doch mit dem Entscheid der eidgenössischen Räte, die Nord- und Westumfahrung in der Funktion des Bundesrats über die Aufnahme der Nord- und Westumfahrung ins Nationalstrassennetz heisst es sogar, das Y müsse vom Durchgangsverkehr befreit werden, damit es andere Funktionen erfüllen könne. Damit rückte eine andere Absicht in den Vordergrund: Das Y als «Verkehrszubringer für die Innenstadt».

Dazu gehörte der Plan, das Y in City-Nähe direkt mit Parkhäusern zu verbinden, die zusammen rund 13 000 neue Parkplätze anbieten sollten. Das Y also als «Ansaugpumpe» für die Entwicklung der Banken-, Geschäfts- und Verwaltungs-City zu einer immer grösseren Metropole. (Nur zum Vergleich: Die 13 heute bestehenden Parkhäuser im City bieten zusammen nur 3 200 Plätze an.) Der Umstand, dass eine solche Entwicklung der Innenstadt äusserst fragwürdig ist, führte dazu, dass einige dieser gigantischen Parkhausprojekte bereits wieder in den Schubladern der Planer verschwunden sind (auf dass sie wieder hervorgehoben werden könnten).

Heute, im Zeichen des Umweltschutzes, wird das Y vor allem mit dem Versprechen schmackhaft gemacht, es werde den in schon fast allen Stadtquar-

Zürich ohne Y kommt nicht von selbst!

Zur Unterstützung der Initiative hat sich ein parteiunabhängiges «Aktionskomitee für ein Zürich ohne Ypsilon» gebildet. Damit dieses Komitee den Abstimmungskampf wirksam führen kann, ist es dringend auf weitere Mitarbeiter(innen) angewiesen.

Wir brauchen Leute zum Texten, Produzieren und Verteilen von Flugblättern und Zeitungen, für Standaktionen, für organisatorische und administrative Arbeiten, für Grafik, Karikaturen, Gags, Ideen – einfach für alles. (Wir brauchen auch Geld!)

Wer noch einen Funken von Engagement gegen die Zerstörung unserer Stadt in sich trägt, der melde sich umgehend beim

Aktionskomitee für ein Zürich ohne Ypsilon
Postfach, 8027 Zürich
oder Tel. 25 39 90

tieren zur Plage gewordenen individuellen Verkehr «bündeln», «kanalisieren», in eine «Sammelchiene» leiten und die Wohnquartiere damit vom Verkehr befreien.

Entlasten Expressstrassen die Quartiere?

1. Beispiel: Wollishofen. Dem ganzen Verkehr zwischen Zürichsee und Sihl in die Stadt hinein standen vor 1974 im Raum Wollishofen-Eng drei Einfallachsen plus zwei namhafte Quartierschleife zur Verfügung. Darauf rollten täglich rund 30 000 Fahrzeuge in die Stadt hinein, 16 000 davon durch die dicht Wohnbebaute.

Die 1974 eröffnete Sihlhochstrasse hätte nun also diesen Verkehr kanalisieren sollen. Die durchgeführten Zählungen ergaben aber nur eine Abnahme um 3000 Fahrzeuge pro Tag, im Wohngebiet 1500 Fz./Tag, also lediglich je etwa 10 Prozent. Demgegenüber ergab sich mit dem Verkehr auf der Sihlhochstrasse zusammen bereits einen Monat nach Eröffnung gesamthaft eine Zunahme um über 2000 Fz./Tag. In den zwei Jahren seither dürfte sich dieser Wert noch beträchtlich erhöht haben.

2. Beispiel: Milchbuck. Nach einer 1965 durchgeführten Verkehrserhebung fuhren pro Tag etwa 200 000 Fahrzeuge über den Milchbuckstastel Richtung Stadt. Davon hätten 94 000 den Milchbucktunnel benützen wollen. Die Kapazität des Tunnels beträgt aber im Endausbau nur 70 000 Fz./Tag, mit der vorläufig vorgesehenen einen Röhre bloss 24 000 Fz./Tag. Das heisst also, dass (mit dem heutigen Verkehrsvolumen gerechnet) nur 30% bzw. 10% des Gesamtverkehrs von den Quartierstrassen abgezogen werden könnten.

Das Ypsilon bedeutet also: 2 Milliarden Franken für eine 10prozentige Verkehrsentlastung einzelner Quartiere. Was kostet eine 50prozentige Entlastung aller Quartiere? Rechne!

B. Schweingruber / B. Baeriswyl

Kreis 2: Quartiergruppen gesucht

Diesmal haben wir etwas über die Quartierarbeit im Kreis 1 geschrieben? Haben wir etwas Wichtiges ausgelassen? Dann berichten Sie uns doch über Ihre Erfahrung. – Vielleicht wohnen Sie aber nicht im Kreis 1. Schreiben Sie uns trotzdem, welche Gruppen in Ihrem Quartier was an die Hand nehmen. Unser Bericht über die Quartierpolitik in der Stadt Zürich geht weiter. Das nächste Mal schreiben wir über den Kreis 2, hoffentlich mit Ihrer Unterstützung!

FREIHOFER'S
Wissenschaftliche
Buchhandlungen
Medizin
Psychologie
Rämistrasse 37
8001 Zürich
Telefon 01/60 42 82

Was soll die Studienzeitbeschränkung an der Uni?

Fahrt frei für Streber

Was ist Studienzeitbeschränkung? Bis jetzt hatte jeder Studierende das Recht, 14 Semester an der Uni Zürich zu studieren. Danach konnte er sich ohne Schwierigkeiten für weitere 14 Semester neu immatrikulieren. Ab Sommersemester 77 ist es anders: Jeder muss jetzt sein Studium in der für seine Fakultät vorgeschriebenen Zeit beenden. Die neue Regelung ist nicht wegen der paar Unermüdligen aufgestellt worden, die sich nun nach x-mal 14 Semestern Studium von der Alma mater lösen sollten. Mit viel administrativem Aufwand

wird ein rigider Zeitplan erstellt und installiert für die Mehrheit der Studenten, die bis jetzt - auch ohne dieses Instrument - ihre Unizeit auf einem vernünftigen Mass gehalten haben. Doch jetzt wird bei jedem einzelnen kontrolliert, ob er auch ja kein Semester überziehe; wie gesagt mit einem Riesenaufwand, denn selbstverständlich gibt es Ausnahmestimmungen, die «von Fall zu Fall» angewandt werden können... Der KSfR deckt auf, wie es überhaupt zu dieser Regelung kam und wo überall sie als «Lösung» einspringen soll.

Am 8. Dezember des letzten Jahres entschied der Regierungsrat über die Änderung des Reglementes für die Studierenden und Auditoren der Universität Zürich. Im Klartext heisst das: Studienzeitbeschränkung als Gilgenschens Weihnachtsgeschenk!

Die Auswirkungen der Studienzeitbeschränkung in keinem Verhältnis zu ihrer potischen Alibifunktion stehen: Die heute schon bestehende Tendenz zur Verschulung des Studiums wird durch die Beschränkung der Studienzzeitdauer eminent verstärkt. Denn wenn ein

Durchfallen bei Prüfungen, Zeitverlust durch Krankheit, Militärdienst usw.

Auch wenn man im Senatsausschuss heute bereit ist, möglichst weitgehende Ausnahmestimmungen zu erlassen, so dass praktisch jeder länger studieren kann, bleibt zu vieles ungeklärt. Da ist einmal das Problem des Werkstudenten. Wie soll ein Werkstudent definiert werden? Ist das jemand, der soundsoviel verdient oder arbeitet? Nun ist aber die Belastung für einen Werkstudenten, der Medizin studiert, sicher viel grösser als für viele andere. Nach welchen Kriterien werden schliesslich die Anzahl der Semester bestimmt, die ein Werkstudent über die Höchststudienzeit hinaus studieren darf? Nach der Anzahl seiner Arbeitsstunden?

Ausserdem können auch die «largesten» Ausnahmestimmungen des Senatsausschusses jederzeit wieder von diesem abgeändert werden, wenn er von oben (Erziehungsdirektion) oder durch die Zustände an der Uni (zu viele Studenten) genügend unter Druck gesetzt wird. Das jetzige Versprechen, man wolle grosszügig sein, gibt uns keine Garantie für die Zukunft!

Studienberatung als Selektionsmittel

Einen wichtigen Stellenwert bei der Studienberatung haben muss, dann die Studienberatung ein. Einmal werden alle Studierenden, die einen der beiden Termine (siehe Tabelle) verpasst haben, obligatorisch an die Studienberatung verwiesen. Weiter muss die Studienberatung jedoch für alle Studierenden während des ganzen Studiums zur Verfügung stehen, weil es sich niemand wird leisten können, wegen Unkenntnis des Unibetriebs oder mangelnder Beratung auch nur ein Semester zu verlieren.

Table with 4 columns: Fakultät, 1. Termin, 2. Termin, Normale Höchstudienzeitdauer. Rows include Theologische Fakultät, Rechts- und staatswiss. Fakultät, Medizinische Fakultät, Veterinär-med. Fakultät, Philosophische Fakultät I, and Philosophische Fakultät II.

Das Reglement sieht folgenden Ablauf des Studiums vor:

- Der Studierende muss sich bis zum ersten Termin einer propädeutischen Kontrolle (gemäss den Bestimmungen der Fakultäten) unterziehen. Macht er das nicht, so wird er vom Rektorat an die Studienberatung verwiesen und hat dieser Anordnung Folge zu leisten. Zieht er es vor, nicht hinzugehen, so ist sein Weiterstudium in Frage gestellt. Beim Eintreten des zweiten Termins muss er sich zu den Schlussprüfungen angemeldet haben, ansonsten wieder ganz zur Studienberatung. Studierende, die sich bis zum Ablauf der Höchststudienzeit nicht zu den Schlussprüfungen angemeldet haben, werden aus dem Verzeichnis der Studierenden gestrichen (d. h. Exmatrikulation!), wenn sie nicht besondere Gründe geltend machen können.

Zusammengefasst: Studierende, die einen Termin verpassen, müssen obligatorisch zum Studienberater, sonst riskieren sie, exmatrikuliert zu werden.

Die ED erzwingt die Regelung...

Die Beschränkung der Studienzzeitdauer bedeutet einen grossen Umbruch in der Geschichte der Universität, hat sie doch weitreichende Folgen für das Studium und damit für die Studierenden, die in ihren ganzen Auswirkungen erst in ein paar Jahren sichtbar werden.

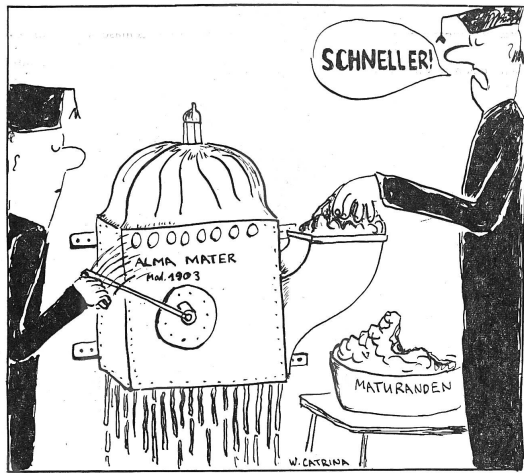
Liest man in den Akten der letzten Jahre, dann sieht man, dass diese Regelung nicht aus der Universität herauswuchs, sondern ihr von aussen aufgezungen wurde. 1972 beauftragte die Erziehungsdirektion die Universität, Vorschläge auszuarbeiten zur Begrenzung der Studienzzeitdauer für Ausländer. Da die Universität eine Sonderregelung für die Ausländer berechtigterweise ablehnte, aber gleichzeitig in der Öffentlichkeit der Begriff des «Langzeitstudenten» von rechter Seite immer mehr zur Polarisierung gegen die Uni verstärkt und gegen die Studierenden missbraucht wurde, beauftragte die Erziehungsdirektion schliesslich die Universität, eine Regelung der Studienzzeitdauer für alle Studierenden zu entwerfen.

Diesem Zwang von aussen setzte die Universität zunächst einmal passiven Widerstand entgegen. Sowohl Dozenten wie Studenten lehnten das Ansinnen der ED ab, weil bekannt war, dass nur wenige Prozent aller Studierenden als Langzeitstudenten betrachtet werden könnten und diese Zahl keine Rechtfertigung einer Studienzeitbeschränkung für alle Studierenden abgibt. Der Widerstand der Universität ging Dr. Gilgen, der seine polit. Absicherung gefährdet sah, bald einmal zu weit, und mit der Drohung, er werde die Studienzzeit nach eigenem Gutdünken beschränken, zwang er die Universität, das nun vorliegende und vom Regierungsrat genehmigte Reglement zu schaffen.

... die Studenten tragen die Folgen

Die Studentenschaft hat diese Regelung schon von Anfang an klar abgelehnt. Da wird den Studierenden eine Regelung aufgezwungen, die sich sachlich in keiner Weise begründen lässt, sondern eine reine Alibifunktion für die Politiker hat (auf dass sie noch einmal gewähnt werden...). Ausbaden müssen es aber nicht diese Politiker, sondern wir Studenten! Ausbaden deshalb, weil

Student sein Studium in z. B. 12 Semestern abgeschlossen haben muss, dann muss dieses Studium so strukturiert sein, dass dies auch allgemein möglich ist. Soundso viele Lehrgänge müssen als Minimum vorgeschrieben werden, nach deren Absolvierung man den Betroffenen als «reif» fürs Lizentiat betrachten kann. Da nun jeder Dozent die Tendenz hat, das, was er bietet, als absolutes Minimum hinzustellen, wird aus den Minimalanforderungen bald eine Maximalbelastung für den Studierenden, die



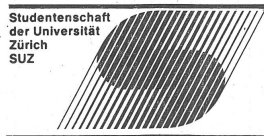
es ihm nicht mehr erlaubt, sich in Gebiete, die ihn besonders interessieren, zu vertiefen.

Einem besonders bedenklichen Sinn bekommt die Studienzeitbeschränkung unter dem Aspekt der immer noch steigenden Studentenzahlen. Die Verschulung, durch Schnellbleichen - wie sie eine Verschulung des Studiums darstellt - in möglichst kurzer Zeit möglichst viele Studierende durch die Uni laufen zu lassen, wird durch sie praktisch institutionalisiert. Was das für die Qualität des Studiums bedeutet, fragt man lieber nicht.

Die Studienzeitbeschränkung schafft für den Studierenden zusätzlich einen nicht zu unterschätzenden psychischen Druck. Er wird vom Beginn des Studiums an das Gefühl haben, keine Zeit verlieren zu dürfen. Das heisst, er wird genau das tun, was vorgeschrieben ist, wird sich keine «Extras» erlauben und unter viel stärkerem Leistungs- und Prüfungsdruck stehen, als er es bis jetzt schon war. An diesem Druck werden auch weiterstreichende «Ausnahmestimmungen» nichts ändern.

Neben diesen grundsätzlichen Argumenten gegen eine Studienzeitbeschränkung bringt das nun genehmigte Reglement einen Haufen zusätzlicher Probleme und Unklarheiten, unter denen wieder der Student zu leiden haben wird. So muss jetzt der Senatsausschuss sämtliche Ausnahmeregelungen beschliessen. Darunter fallen Wechseln des Studiums, Wechseln der Universität,

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer wirkungsvollen, im Gegensatz zu heute stark ausgebauten Studienberatung. Bis jetzt ist aber nur vorgesehen, pro Fach einen Dozenten oder Oberas-



sistenten dafür verantwortlich zu machen. Weiter geheide Pläne, so eine vollamtliche Stelle für einen Studienberater, drohen aus «Finanzgründen» zu scheitern.

Ohne die Kompetenz der Dozenten und Oberassistenten für Studienberatung jetzt schon in Frage stellen zu wollen, scheint es uns doch wahrscheinlich, dass diese durch ihr neues Amt ziemlich überfordert sein werden. Will man nämlich eine voll funktionierende Studienberatung bieten, so bedeutet das einmal einen grossen Aufwand an Arbeit und Zeit, weiter setzt er aber auch Kenntnisse voraus, die weit über blosses Fachwissen hinausgehen und psychologischer und didaktischer Fähigkeiten und Kenntnisse bedürfen. Nehmen wir einmal folgendes Beispiel: Ein Student im 12. Semester kommt zum Studienbera-

wo d'studänte anegönd...



Rest. «Weisser Wind»

Oberdorfstr. 20, Tel. 32 18 45 Räumlichkeiten für Feste und Anlässe (10-250 P.) Preiswertes aus Küche und Keller

Fam. A. Fellmann

Tea-Room



Snackes günstige Tellergerichte

Spezialitäten zu jeder Tageszeit

F. Rieder-Harlander kalt und warm

Rämistr. 31, beim Bellevue vis-à-vis Parkhaus Hohe Promenade

Café «Studio»

gute Küche, angenehmer Aufenthalt

Hottingerstrasse 5 Zürich Telefon 32 91 41

Tea-Room «Vogelsang»

Vogelsangstrasse 10, Tel. 28 90 30, 8006 Zürich

Annahme von Lunch-Checks. Für Studenten 10% günstiger essen mit Vogelsang-Checks!

Täglich sehr preiswerte und reichhaltige Menüs.

Wir freuen uns, Sie begrüßen zu dürfen P. und M. Tibau-Betschart



Der Treffpunkt der Studenten

Preiswert und gut essen im Rest. «Johanniter» Niederdorfstr. 70

und Rest. «Gans» Niederdorfstr. 88

abends ins jazz-house «Picadilly-Circus»

mit internet. Spitzenorchestern wie Picadilly-Six, Harlem Ramblers usw. Eintritt frei

Schöner Wohnen's Kafi Neumärt

Ecke Neumarkt/Obmannamtsgasse

Der gemütliche Treffpunkt mit ungezwungener Atmosphäre. Entspannen Sie sich in unseren herrlich bequemen Polstern bei einem erfrischenden Trunk, einem himmlisch duftenden Kaffee oder bei einer unserer vielen speziellen Teesorten. Man trifft sich - man sieht sich im Neumärt!

Mrestaurant Stadelhofen

gut und preiswert

ZUR KANTOREI 8001 Zürich, Neumarkt 2 Telefon 47 99 62

Das gepflegte Restaurant für jedermann im Verbindungshaus der Zürcher Singstudenten Michel und Ingrid Panchaud

Beachten Sie bitte unsere Inserate und berücksichtigen Sie unsere Inserenten.

Restaurant

«am egge»

Froschaugasse 15 8001 Zürich, Tel. (01) 32 13 33

Warme Küche von 11 bis 24 h Günstige Preise

Ansprechende Auswahl günstige Preise

finden Studenten in unseren Gastbetrieben

- Mensa der Universität Unibar Erfrischungsraum Erfrischungsraum Erfrischungsraum Künstlergasse 10 Universitätsgebäude Institutsgebäude Freiestr. 36 Zahnärztliches Institut Med.-vet. Institut im Kantonalen Tierspital Stadelhoferstrasse 10 am Hottingerplatz Zähringerstrasse 43

Zürcher Frauenverein für alkoholfreie Wirtschäften

ter, weil er sich für die Schlussprüfungen nicht angemeldet hat. Der Studienberater muss nun abklären, warum. Es kann sein, dass der Betroffene krank war, aber auch dass er grosse psychische Probleme hat. Ganz gleich, was es ist, der Studienberater muss nun entscheiden, ob er dem Betroffenen eine Ausnahme zugesteht, so dass er weiterstudieren kann, oder eben nicht, womit dieser exmatrikuliert würde. Woher nimmt aber der Berater die Qualifikation für diese Entscheidung? Ist er nicht schlicht überfordert?

Damit wird an der Uni ein neues Selektionsmittel eingeführt. Anstelle einer Studienberatung, die einem sich in Schwierigkeiten befindenden Studieren-

den wirklich hilft, wird eine beratende Studienkontrolle vom Studierenden in Schwierigkeiten gar nicht mehr aufgesucht, er kapituliert und gibt das Studium auf.

Fazit: Mit der Studienzeitbeschränkung haben wir ein Geschenk bekommen, das den Politikern als Alibiargument dient, der Universitätsleitung und den Dozenten hilft, das Studium zu verschulen, und durch Verschärfung der Ausnahmestimmungen jederzeit die Selektionsmittel bei zu hohen Studienzahlen gebraucht werden kann - nur für uns Studierende hat nichts Positives dabei herausgesehen. Aber man kann es halt nicht immer allen recht machen... KSTR

Die Aktionswoche der Soziologiestudenten

Wenn Studenten «dozieren»

Vom 13. bis 17. Dezember riefen die Soziologiestudenten zu einer Aktionswoche auf. Nicht nur in der Kurzfassung des WoBü schilderten sie ihr Anliegen; um die Mitstudenten besser zu informieren und sie zum Mitmachen aufzufordern, gaben die Soziologen eigens «blatt», eine 17seitige Zeitung zum Thema Aktionswoche, heraus. Die brennendsten Themen wie Institutspolitik, Studiensituation und Berufsperspektiven, Theoriekritik wurden kurz vorgestellt. Die Diskussionsgrundlage war gegeben. Der folgende Artikel des Aktionskomitees beschreibt nun, was während dieser besonders aktiven Woche am Soziologischen Institut getan wurde und erklärt - in einer Sprache, die den Soziologen, wenn auch den alternativen, verrät - wie es überhaupt zu dieser Aktionswoche kam und wie die Diskussion weitergeführt wird.

Auch eine Universität hat ihre Probleme, es sind die Probleme, die erwachsen aus dem Widerspruch verschiedener Systemimperative: einerseits den Ansprüchen des Individuums (in diesem Falle der Studenten, Assistenten und Dozenten) nach Überblick, Mit- und Selbstbestimmung, andererseits den Ansprüchen der Wirtschaft nach Ausbildung systemkonformer Spezialisten, die gelernt haben, ihre Bedürfnisse und Interessen zurückzustellen.

Selektionshürden statt Diskussion

Der Zuwachs der Studentenzahl in den letzten Jahrzehnten, bedingt durch erhöhte Nachfrage der Wirtschaft, stellte die Universitäten vor verschiedene Probleme. Diese wurden nach Möglichkeit auf einfachste Art gelöst bzw. nicht gelöst, d. h. nach dem Prinzip der betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Optimierung.

Bestand früher ein enger Kontakt zwischen Lehrkräften und Studenten wie auch unter den Studenten selber, scheint dies bei der anwachsenden Zahl von Studenten und den steigenden Anforderungen nicht mehr möglich zu sein. Der Zahl von Studenten wurden nicht etwa entsprechend mehr Lehrkräfte zur Verfügung gestellt, sondern man baute ganz einfach grössere Hörsäle mit noch mehr Bänken, und die Löhne der Dozenten stiegen weiter an. Dem Bedürfnis der Studenten nach persönlicher Orientierung und Diskussion wurden feste Lehrpläne und Selektionshürden wie Zwischenprüfungen entgegengesetzt.

Den überlasteten Dozenten bleibt neben administrativer Arbeit und persönlichen «Forschungsinteressen» nur noch wenig Zeit zur Kommunikation mit den Studenten. Deshalb institutionalisiert man sogenannte Sprechstunden oder überlässt die Sache der Studentenschaft.

Die Studienverhältnisse haben sich losgelöst von der Beeinflussung durch elementare menschliche Bedürfnisse und Interessen. Die Universität produziert fast nur noch direkt oder indirekt verwertbares Wissen für und im Dienste des ökonomischen Systems und zur Symptombekämpfung disfunktionaler Nebenfolgen dieses Systems.

Die bekannten Probleme dieser Verhältnisse sind Tendenzen in Richtung Spezialistentum, Isolation, harte Konkurrenz, Orientierungs- und Motivationslosigkeit. Auch am noch relativ jungen soziologischen Institut zeigen sich solche Tendenzen ab, vor allem fehlt es an Motivation sich an regulären Lehrveranstaltungen aktiv zu beteiligen, ferner bestehen Orientierungsschwierigkeiten im soziologischen Theoriendschungel, aber auch in bezug auf Funktionen und Möglichkeiten der Soziologie überhaupt.

Grundstudium als Starthilfe

Dem Bedürfnis nach Orientierung glaubte man durch die Strukturierung des Grundstudiums entgegenzukommen. In der Hinsicht, dass die dem Neueintretenden eine gewisse Starthilfe wäre, war man sich weitaus einig. Doch über Inhalt und Form eines Grundstudiums bestanden verschiedene Ansichten.

Im Wintersemester 75/76 legte Professor Hoffmann-Nowotny einen eigenen Entwurf vor. Die damals neugegründete Fachschaft setzte sich mit diesem Konzept auseinander. Sie brachte ihre eigenen Vorschläge und machte die Akzeptierung eines Grundstudiumsplan von folgenden Punkten abhängig:

- keine Verschulung
zwei «freie Seminare» (Thema und Seminarleiter werden durch die Studenten selber bestimmt)
Einführung in materialistische-dialektische Soziologie (durch einen kompetenten Vertreter dieser Richtung)
Die freien Seminare sollten den Studenten ermöglichen, aus eigenen Bedürf-

nissen und Interessen entsprechende Themen für die Seminare zu bestimmen.
Die Einführung in materialistische-dialektische Soziologie sollte eine kompetente Auseinandersetzung mit diesem alternativen Ansatz ermöglichen. (Zynische, unsachliche Argumente haben wir schon genug gehört.)

Obwohl von der Institutsleitung unsere Mitarbeit begrüsst wurde, erschien Anfang dieses Semesters der definitive Grundstudienplan, ohne dass unsere in den alternativen Ansatz ermöglichen. (Zynische, unsachliche Argumente haben wir schon genug gehört.)

Schon im Sommersemester 76 wurde durch die Vollversammlung der Soziolo-

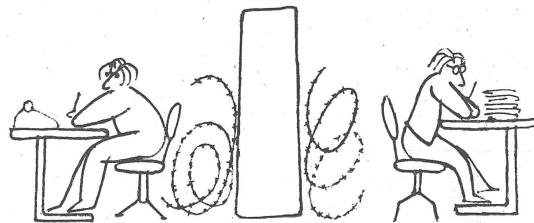
giestudenten für den Fall der Nichtberücksichtigung unserer Vorschläge eine Aktionswoche (AW) gutgeheissen. Spontan bildeten sich verschiedene Arbeitsgruppen, die die AW thematisch vorbereiten sollten. Anfang dieses Semesters wurde, nachdem man sich vor vollendete Tatsachen gestellt sah, die Aktionswoche auf den 13. bis 18. Dezember festgelegt.

- Wissenschaftstheorie: speziell die Berufssituation für Soziologen in der Schweiz? Inwiefern ist das Studium auf eine spätere Berufssituation ausgerichtet? Möglichkeiten zur Verwirklichung politischer Ansprüche usw.
Funktion der Soziologie in unserer Gesellschaft.
Alternative Ansätze der Theoriebildung sowie der empirischen Forschung.
Kritische Auseinandersetzung mit der «Theorie sozialer Systeme» von Prof. Heintz.
Verhältnis Student/Gesellschaft, speziell Arbeiterschaft. Möglichkeiten der Zusammenarbeit.
Institutspolitik: Heutige Situation - alternative Strategien.

Während der ganzen Woche beteiligten sich 35 bis 55 Studenten. Das sind gut 75% der Soziologiestudenten, die noch reguläre Veranstaltungen besuchen. Die offiziellen Lehrveranstaltungen wurden erfolgreich bestreift - nun, der Zufall wollte es, dass die Vorlesun-

gen von Prof. Heintz und Prof. Hoffmann-Nowotny während der AW ausfielen. Die Herren Dozenten befanden sich an Kongressen...

Doch wie sie vorher zusagten, sind sie zu weiteren Gesprächen bereit. Es wird sich zeigen, inwiefern sie auf die Interessen der Studenten eingehen oder mittels ihrer Machtpositionen statt an ihren Vorstellungen festhalten werden.



gestudenten für den Fall der Nichtberücksichtigung unserer Vorschläge eine Aktionswoche (AW) gutgeheissen. Spontan bildeten sich verschiedene Arbeitsgruppen, die die AW thematisch vorbereiten sollten. Anfang dieses Semesters wurde, nachdem man sich vor vollendete Tatsachen gestellt sah, die Aktionswoche auf den 13. bis 18. Dezember festgelegt.

Zeitung, Film und Diskussionen

«Die AW soll nicht nur unseren Forderungen Nachdruck verleihen, sondern zugleich Alternativwoche sein, in der Selbstverständnis von Wissenschaft, Studiensituation usw. breit diskutiert wird. Es ist Aufgabe der AW, latente und manifeste Probleme herauszukristallisieren und ihre Bedingungen zu hinterfragen. Auf Grund der AW sollte es uns später möglich sein, konkrete Forderungen zur Veränderung und Verbesserung unserer Studiensituation herauszuarbeiten.»

Die Vorbereitung und Koordination sollte ein offenes Aktionskomitee (AK) übernehmen. An den jeweiligen AK-Sitzungen beteiligten sich jeweils 10 bis 15 Studenten, wobei sich die Zusammensetzung jedesmal veränderte.

Gemeinsam wurde dann eine Zeitung vorbereitet und gedruckt. Eine Videogruppe interviewte unsere Dozenten und drehte einen Film in und vor Betrieben. Zeitung und Film eröffneten die Diskussion zur AW.

Eine Delegation nahm Kontakt auf mit Fachschaften und BGs anderer Studienrichtungen. Nebenfachstudenten wurden eingeladen, an der AW teilzunehmen und die regulären Veranstaltungen der Soziologen zu boykottieren.

«Eine Woche ist recht kurz»

Die Aktionswoche war für viele erster Scherwurz für gemeinsamen aktiven Willensbildung.

Nach einem langen Tag der Diskussion, der Problematisierung latenter Widersprüche fühlte man sich erschöpft und war zum Teil auch etwas frustriert, weil das Thema nicht ausdiskutiert werden konnte und weil man noch keine konkreten Lösungen vor Augen hatte. Dies war aber abzusehen; eine Woche

Perspektiven

Die AW braucht ihre Fortsetzung in weiteren Diskussionen und Erarbeitung von konkreten Vorschlägen und Zukunftsstrategien. Dies bedingt wieder die volle Mitarbeit aller Soziologiestudenten. Zu diesem Zweck wurde die Organisation der Fachschaft demokratisiert. Die gewählten Vertreter des Vorstandes werden ergänzt durch möglichst viele Studenten der Vollversammlung. Dieser erweiterte Vorstand, in dem jeder anwesende Student seine Stimme hat, soll sich permanent mit Problemen, die uns betreffen, auseinandersetzen, die Arbeitsgruppen koordinieren und der Vollversammlung Vorschläge zur Diskussion und Abstimmung unterbreiten.

Für den 18. Januar ist eine Vollversammlung vorgesehen, in der das vorläufige Vorgehen in bezug auf das Grundstudium bestimmt werden soll. Es ist Aufgabe des Aktionskomitees, Erkenntnisse und Vorschläge der AW zum Sammenzutragen und daraus konkrete Lösungsmöglichkeiten zu formulieren

Streiflicht

Dienstag, 14. 12. 76, 10 Uhr, Zeltweg 63. Ein Zimmer im 3. Stock. Kein Elfenbeintuch, nein, sondern ein moderner gutbeleuchteter, steriler Raum, ohne jede ablenkende Ausstattung; die ideale Umgebung für eine objektive, wertfreie soziologische Theorieentwicklung. ...

Doch wird der Raum zweckentfremdet? Auf einem Video-Bildschirm läuft ein Film: Soziologie-Studien in einem Betrieb. Bereiten sie die Revolution vor?

Nein, sie diskutieren nur mit Arbeitern und Direktoren, Soziologen, bei der empirischen Arbeit? So macht man doch keine Interviews! Ist denn die Stichprobe überhaupt repräsentativ? Nein, auch nicht.

Was soll denn eigentlich der Film? 10.15: der Film ist abgelaufen.

10.30: Im selben sterilen Raum ist eine Diskussion entbrannt. Der Raum ist überfüllt, die Tische stehen kreuz und quer. Von links und rechts, von hinten und vorne, ein Oben und Unten gibt es nicht, erheben sich Stimmen zur Diskussion.

Ist denn hier keine Ordnung, wer ist denn hier verantwortlich, was ist der Dozent, der den sachlichen Ablauf der Diskussion gewährleisten kann? Eine reguläre Lehrveranstaltung?

Nein, nur eine Stunde aus der Aktionswoche der Soziologiestudenten!

und diese der Vollversammlung zu unterbreiten.

In der AW kristallisierte sich heraus, dass ein Teil der Studenten bereit wäre, gewisse Konzessionen in bezug auf Forderungen an das Grundstudium zu machen. Allerdings waren die Bedingungen, dass Mitarbeit und Mitbestimmung am Inhalt, der Gestaltung und der Besetzung von Lehrveranstaltungen garantiert werden und nicht mehr wie bis jetzt von losen, unverbindlichen Zusagen abhängen. Im weiteren erschien eine engere Zusammenarbeit zwischen Studenten, Assistenten und Dozenten notwendig. Es zeigt sich, dass diese Gruppen bis jetzt isoliert voneinander arbeiten und jeder einzelne nur gerade seinen eigenen Projekten nachging. Dies führt dazu, dass viele keine Ahnung haben, was neben ihrem im Institut genau vorgeht. Dies erklärt auch z. T. die verbreitete Orientierungslosigkeit und die fehlende Motivation, sich aktiv an regulären Veranstaltungen zu beteiligen.

Dieses Problem lässt sich allerdings nicht mit einem von oben herab diktierten Grundstudienplan zur Seite schieben.

M. Galliker, Psychologe an der Konfliktforschungsstelle des Soziologischen Instituts, hat die Kündigung erhalten. Es kommt öfters vor, dass kritischen Assistenten die Anstellung nicht mehr verlängert wird; eine Kündigung ist aber eine Massnahme, die nur in Ausnahmefällen angewendet wird. Da eine Kündigung für den Betroffenen eine ernsthafte Beeinträchtigung oder gar Zerstörung seiner akademischen Zukunftschancen bedeutet, wird die Frage um so dringender, die Gründe für die Kündigung gerechtfertigt sind.

Die interdisziplinäre Konfliktforschungsstelle wurde vor etwa drei Jahren von Prof. Heintz und Prof. Moser (Psychologe) nach einer langwierigen Vorgeschichte, in der sie grosse Widerstände seitens der Fakultät und der Erziehungsdelegation zu überwinden hatten, gegründet. Sie ist mit drei Assistenten besetzt, die alle vom Soziologischen Institut berappt werden, wobei Prof. Moser faktischer Leiter ist.

Zum Konflikt an der Konfliktforschungsstelle

M. Galliker, Psychologe an der Konfliktforschungsstelle des Soziologischen Instituts, hat die Kündigung erhalten.

Es kommt öfters vor, dass kritischen Assistenten die Anstellung nicht mehr verlängert wird; eine Kündigung ist aber eine Massnahme, die nur in Ausnahmefällen angewendet wird. Da eine Kündigung für den Betroffenen eine ernsthafte Beeinträchtigung oder gar Zerstörung seiner akademischen Zukunftschancen bedeutet, wird die Frage um so dringender, die Gründe für die Kündigung gerechtfertigt sind.

Die interdisziplinäre Konfliktforschungsstelle wurde vor etwa drei Jahren von Prof. Heintz und Prof. Moser (Psychologe) nach einer langwierigen Vorgeschichte, in der sie grosse Widerstände seitens der Fakultät und der Erziehungsdelegation zu überwinden hatten, gegründet. Sie ist mit drei Assistenten besetzt, die alle vom Soziologischen Institut berappt werden, wobei Prof. Moser faktischer Leiter ist.

Politische Apathie untersuchen - und praktizieren

In der Anfangsphase wurde von zwei Soziologen eine kleine Bibliothek erstellt. Nach einem Jahr kam M. Galliker dazu, von dem bekannt war, dass er sich für politischen Aktivismus im Hinblick auch nur mit der Auflage angestellt wurde, dass er sich nicht öffentlich-politisch betätigen dürfe! Zusammen mit R. Levy ging M. Galliker daran, ungefähr sieben Projektvorschläge auszuarbeiten, von denen man dann gemeinsam das Thema «politische Apathie» auswählte.

Bei der Projektformulierung ergaben sich erstmals ernsthafte methodologische Differenzen, die sich vor allem darin zeigten, dass Moser formalisierte Modelle untersuchen wollte, Levy einen handlungstheoretisch-soziologischen und Galliker einen psychoanalytisch-materialistischen Ansatz vertrat.

Man einigte sich darauf, einen Ansatz zu wählen, der zwei Bedingungen erfüllte:

- 1. er musste interdisziplinär sein
2. die verschiedenen genannten theoretischen Ansätze mussten berücksichtigt werden.

Es erwies sich, dass nur Gallikers Ansatz diese beiden Bedingungen erfüllte. Er wurde deshalb von allen beschlossen, nachdem er insbesondere auch von Heintz gut befunden wurde.

Man ging also daran, in einem ersten Schritt eine Tiefeninterviewstudie mit einem dialektischen Ansatz durchzuführen (sie befindet sich in der Realisierung), in einem zweiten Schritt ist eine umfangreiche Fragebogenuntersuchung geplant, mit einem Ansatz, der etwa demjenigen der Frauenstudie entspricht.

Es zeigte sich aber bald, dass Prof. Moser, der sich bis zu diesem Zeitpunkt an inhaltlichen Diskussionen kaum je beteiligt hatte und nur an vier wöchentlichen administrativen Sitzungen anwesend war, offenbar anderes im Sinn hatte. Mit der Zeit wurden wissenschaftsfremde Einwände immer häufiger.

Der Leiter der Konfliktforschungsstelle stellte sich immer stärker in Gegensatz zur Gruppe, weil er aus persönlichen Neigungen und Angst vor konkreter Feldforschung rein formale Modelle, welche von aktuellen Bedürfnissen, Problemen und Konflikten abstrahieren, in den Vordergrund stellen wollte.

Das gipfelte in der Anstellung eines Physikers mit EDV-Ausbildung! Dieser Physiker wurde gegen den Wunsch von R. Levy, M. Galliker und anfänglich auch von Prof. Heintz am 1. Januar 1976 angestellt, da innerhalb des «Apathie-Projektes» keine wissenschaftlich begründete Stelle für eine solche Qualifikation auffindbar war. Das zeigte sich dann sehr deutlich, stand er doch in diesem Jahr nur wenige Stunden für die

In der AW zeigte sich, dass andere Formen der Kommunikation und die Möglichkeit der Selbstbestimmung die Integration und Motivierung der einzelnen Studenten fördern kann. Wir können uns also nicht einfach mit einer Strukturierung unserer Umwelt, die nicht einmal auf grundlegende Bedürfnisse eingeht, abfinden und dann einfach im vorgegebenen Rahmen weiterstudieren.

Am 20. Januar findet eine grosse Diskussion aller Studenten, Assistenten und Dozenten statt. Dort wird sich zeigen, inwieweit Lehrkräfte und Institutsteilung zu einer Zusammenarbeit in dargelegter Form bereit sind! Unser weiteres Vorgehen hängt von der Bereitschaft dieser Parteien ab.

Wir sind prinzipiell bereit, gemeinsam nach Lösungen zu suchen und diese gemeinsam zu verwirklichen!

Wer sich für den weiteren Verlauf der Entwicklung am Soziologischen Institut interessiert, wende sich an die Fachschaft Soziologie, Zeltweg 63, 8032 Zürich.

Für das Aktionskomitee: Alex Erni

Konfliktforschungsstelle zur Verfügung, und das seit beinahe einem Jahr!

Man kann sich wirklich fragen, ob die Ressourcen am Soziologischen Institut wirklich knapp sind oder ob es nicht vielmehr an der schlechten Verteilung liegt!

Prof. Moser, der offenbar nicht ahnte, dass man mit einem dialektischen Ansatz relevante empirische Forschung betreiben kann, versuchte nun mit bedauernswerten Argumenten (eine Zusammenarbeit sei nicht möglich, M. Galliker vertrete mit unabdingbarer Entschiedenheit andere Ansätze, Drohung mit Kündigung usw.) M. Galliker unter Druck zu setzen.

M. Galliker fühlte sich aber nach einer Besprechung mit Prof. Heintz beruhigt, als dieser ihm versicherte, die Kündigung müsse ja auch erst von ihm gutgeheissen werden.

Getarnt-politische Kündigung

Um so grösser war die Enttäuschung, als bekannt wurde, dass die Kündigung nun offenbar doch ausgesprochen wurde. Heintz, also offensichtlich seine Einwilligung dazu gegeben hat. Dies würde bedeuten, dass die positive Entwicklung, die sich an der Konfliktforschungsstelle angebahnt hat (interdisziplinärer und dialektischer Ansatz, Behandlung konkreter empirischer Phänomene wie soziale und psychische Kon-



flikte usw.) auf Kosten hochformalisierter, nichtssagender Simulationsmodelle abgebrochen würde. Wir müssen uns fragen, ob angesichts der inhaltlichen Konzeption von Prof. Moser noch Interesse bestehen würde, studentische Forschungsprojekte im Rahmen der Konfliktforschungsstelle durchzuführen, ganz zu schweigen von eventueller Anstellung von Soziologen.

Nach unserer Ansicht liegen keine Gründe vor, die eine Kündigung rechtfertigen würden, denn die von Heintz und Moser vorgebrachten Gründe sind nur persönlicher oder getarnt-politischer Natur.

Wir erklären uns deshalb solidarisch mit M. Galliker und fordern Heintz auf, zu diesem Fall und zur Wissenschaftspolitik des Konfliktforschungsinstituts Stellung zu nehmen.

Aus «blatt von de soziologen», Nr. 0

Psychologiestudenten bieten ihre Dienste an

Wie aus dem Artikel «Rasche Hilfe ist nötig» (3. Dez. 76) hervorgeht, ist die studentische Beratungsstelle überlastet und muss zahlreiche Hilfesuchende an eine weitere Stelle überweisen.

Wir sind bereit, hilfesuchenden Studenten eine psychologische Unterstützung in beschränktem Umfang anzubieten. Wir sind Studenten/-innen der klinischen Psychologie, die in fortgeschrittener Ausbildung in klientenzentrierter Beratung stehen. Wir haben zwar noch wenig Routine in dieser Tätigkeit, zeichnen uns aber durch Enthusiasmus (hoffen wir) aus und stehen überdies unter regelmässiger Supervision eines erfahrenen Therapeuten. Selbstverständlich unterstehen wir der Geheimhaltungspflicht.

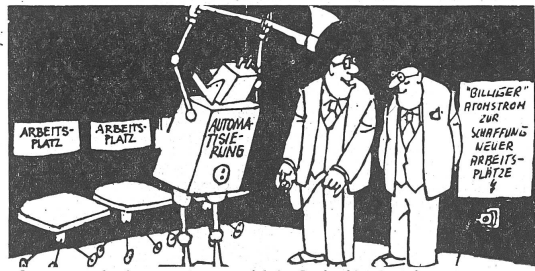
Kontakt: (01) 820 43 50, Daniel Ebnetier

Advertisement for 'aku' agentur ZÜRICH, offering dissertation services. Text includes: 'Weisst Du, dass Dich der Druck von 200 Exemplaren Deiner 100seitigen Dissertation nur ca. Fr. 820.- kostet? Als Spezialfirma auf diesem Gebiet liefern wir schnell saubere Arbeit! Auskunfts- und Beratung: Edith Florin, Bindweg 28, 8046 Zürich (Neuauffoltern), Tel. (01) 57 24 20'.

Das moderne Rumpelstilzchen

Fortsetzung von Seite 2
 Fragen des technischen Lebensdauer (auch wenn die Maschinen gegen Schluss nur noch auf Halbtouren produzieren).

bezug dieser Schadenkosten jede Energiemenge, die wir zusätzlich zu den mit einfachen Mitteln ausbeutbaren produzieren, volkswirtschaftlich stets teurer zu



«Jetzt pass mal auf, was passiert, wenn ich den Stecker hier einstecke...» (Aus «konkret» 12/76)

Energie im Dutzend billiger?

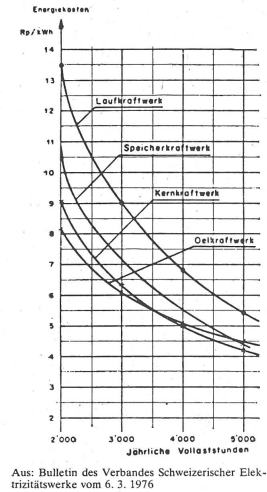
Die in einem früheren Abschnitt zeigte Kostenkurve C_{01} taucht bei einer umfassenderen Betrachtung, welche nicht bloss der Gewinnmaximierung dient, auch in der Elektrizitätswirtschaft auf. Die Elektrizitätsgesellschaften machen uns stets weis, dass eine Kilowattstunde, die mit Kernbrennstoff produziert wird, billiger ist (oder werden soll) als die herkömmliche Wasserkraft-Elektrizität, was unter besonderen Umständen (keine Pannen im Kernkraftwerk usw.) stimmen mag. Der Unterschied ist aber auch im besten Falle derart minim, dass er im Vergleich zu den entstehenden Umweltschäden – würde man sie in Franken und Rappen den Energiegesellschaften fakturieren – gar nicht ins Gewicht fällt. Leider kann man diese sehr langfristigen Schäden nie genau vorausberechnen; viele sind schon gar nicht mehr rückgängig zu machen (genetische Veränderungen, Störungen der Biosphäre).

Alternative Energieformen (Sonne, Wind) werden von der industriellen Forschung stark vernachlässigt und figurieren z. B. auch nicht in entsprechenden Energiepreisstatisiken, weil sie infolge ihrer mengenmässigen Begrenztheit als drastische Expansionsquelle unserer Wirtschaft bei weitem nicht so vielversprechend sind wie die Kernenergie. Folgender Energiekostenvergleich verschiedener Kraftwerktypen enthält die genannten ökologischen Kosten nicht.

Trick der Nutzungsdauer

In einer nicht auf dem Konkurrenzsystem beruhenden Wirtschaft wäre die Nutzungsdauer eines Produktionsmittels, d. h. die Zeitspanne, in welcher die Produktionsanlage abgeschrieben werden soll, identisch mit der technischen Lebensdauer des Produktionsmittels. Der Zwang zur immer rascheren Produktion – um den Konkurrenten auszuhalten – führt jedoch dazu, dass die Betriebe ihre Maschinen so schnell wie

möglich abschreiben (diese sogenannte **kalkulatorische Nutzungsdauer** liegt oft weit unter der effektiven). Wie aus den Kostenbeispielen früherer Abschnitte ersichtlich ist, erhöht eine kurze Nutzungsdauer sehr wesentlich den Preis des Produktes, falls es sich um eine kapitalintensive Branche wie etwa Spinnereien oder Elektrizitätswerke handelt. Die durch die künstliche Herabsetzung der Nutzungsdauer bedingten Mehrkosten können je nach Produktionsbereich durch tiefere Zinskosten (kürzerfristiger Kapitalbedarf bei rascher Abschreibung), niedrigere Lohnkosten, höhere Flexibilität punkto Änderung des Produktionsortiments (d. h. bessere Absatzmöglichkeiten) wieder wettgemacht werden, womit die auf raschen Verschleiss orientierte Firma eben doch wieder wettbewerbsfähig ist. Dabei ist zu bemerken, dass Maschinen oft noch über ihre kalkulatorische Gebrauchsdauer hinaus für die Produktion verwendet werden, deren Kosten sodann sehr tief und deren Gewinn entsprechend hoch ist.



Aus: Bulletin des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke vom 6. 3. 1976

Mit dem vom Steuerzahler unterstützten, raschen technischen Fortschritt durch intensive Forschung liegt bereits nach Ablauf der kalkulatorischen Abschreibungszeit ein rationelleres Produktionsmittel vor (z. B. auf dem Energiesektor: Kernkraftwerke, später Brüter, später vielleicht Kernfusionskraftwerke). Scheinbar ist die neue oder «verbesserte» Produktionsmethode immer kostengünstiger als die letzte – sonst würde sie ja nicht angewendet! In Tat und Wahrheit werden aber Produktionsentscheidungen in kapitalintensiven Wirtschaftsbereichen heutzutage derart monopolistisch gefällt, dass eine etwas einfachere und billigere Produktionsweise zum vornherein ausgeschlossen ist, da kein kleiner Konkurrent mit wenig Kapital in den betreffenden Markt einzusteigen vermag.

Huhn oder Ei?

Es stellt sich heraus, dass die Produktionsgeschwindigkeit und die Herstellungskosten sich ganz ähnlich verhalten wie die bekannte Lohn-Preis-Spirale: Wenn zum Zwecke der Umsatzsteigerung oder der Bedürfnisbefriedigung (Huhn oder Ei?) mehr Arbeitskräfte in einem Betrieb erforderlich sind, steigen tendenziell die Löhne. Um die Gesamtkosten dennoch niedrig zu halten, muss rationeller produziert werden. Die aufwendigeren Maschinenanlagen führen zu höheren Zinskosten, welche wiederum kompensiert werden müssen durch raschere Abschreibungen. Dies bedeutet, dass beim Konsumenten nach Ablauf der kalkulatorischen Nutzungsdauer wenn möglich ein neues Bedürfnis erweckt sein soll. Die rasante Beschleunigung solcher Eskalationsprozesse kommt insbesondere auch durch das gegenseitige Aufschaukeln der verschiedenen Wirtschaftsbereiche zustande. Die Textilindustrie kurbelt zur Senkung ihrer Kosten die Elektrizitätswirtschaft an (billigeres Garn bei höheren Drehzahlen); dies wiederum spannt den Kapi-

talmarkt an durch die notwendigen Investitionen usw. . . .

Gut, dass niemand weiss!

Der Trend jeder Firma zur Umsatzvergrößerung macht den Boden knapp und damit teuer. Man wird also versuchen, auf möglichst begrenztem Raum so viel wie möglich zu fabrizieren. Das Konkurrenzsystem, auf Kapitalkonzentration hinzielt, verhindert eine vernünftig produzierende, dezentralisierte Wirtschaft, da der grosse Gewinn stets im Zentrum eines grossen Absatzgebietes liegt. Die volkswirtschaftlichen Kosten aber erscheinen nicht in den Kostenanalysen der Unternehmer. Aus dem privaten Geld- und Glücksbudget berapen wir die Folgen: Verstärkung, Agglomerationsprobleme, Schlafstädte; Nervenschleiss, ungesunde (rationelle) Ernährung, Arbeitswegzeit und Arbeitswegkosten, Entfremdung von einfachen überschubaren, natürlichen wie technischen Prozessen. R. Ruoff

Bürgerkrieg in Spanien

Vortrags- und Diskussionsreihe der Revolutionären Marxistischen Liga
 Wer stand damals gegen wen? Woher die anarchistische Tradition unter den spanischen Arbeitern? Bürgerliche Demokratie oder proletarische Revolution? Welche Rolle spielte die Stalin-Bürokratie der UdSSR? Welche Bedeutung hat der spanische Bürgerkrieg, die spanische Revolution heute für die spanische Arbeiterbewegung, für den Sturz der Diktatur und die Eröffnung einer neuen revolutionären Periode in Spanien?
 1. Teil: Vorgeschichte (bis 1931), Mittwoch, 19. Januar
 2. Teil: Revolutionärer Aufschwung (1931-1939), Mittwoch, 26. Januar
 3. Teil: Bürgerkrieg (1936-1939), Mittwoch, 2. Februar, jeweils um 19.30 Uhr im Volkshaus (Grüner Saal)

Ihr Brillenspezialist für Augenoptik + Kontaktlinsen

Welcho-Optik
 Welchogasse 4
 8050 Zürich
 Telefon 01/46 40 44

gewährt Studenten
10% Rabatt
 auf Brillen
 Sonnenbrillen
 Feldstecher
 Höhenmesser
 Kompass und Lupen

Kontaktlinsen
 Preise auf Anfrage

BUCHHANDLUNG HEINIMANN & CO.
 vorm. Hans Raunhardt
 8001 Zürich, Kirchgasse 17, beim Grossmünster,
 Tel. (01) 32 13 68/69

Die Fachbuchhandlung für
Medizin – Psychologie
Recht – Ökonomie
Architektur

mit der grossen Tradition. Individuelle Bedienung und Beratung. Juristisches Antiquariat.

Welcher **Student** möchte unsere Lehrlinge einige Stunden wöchentlich in
Algebra
Elektrotechnik
Elektronik
Materialkunde
 unterrichten?
 Interessenten melden sich bei
 Dr. von Ballmoos AG
 Elektronik
 Tödistrasse 44
 8810 Horgen 2
 Tel. 725 29 41

MAGI'S JEANS SHOP

Jeans à gogo...
 aus Eigenfabrikation und diverse bekannte Marken
 Auswahl an Rund- und Tweedhosen in vielen modischen Farben. Unisex. Pullis, Jacken, Hemden und Accessoires.

10% Rabatt für Studenten
 Weinbergstrasse 15
 8001 Zürich, Telefon 01 34 94 43

«konzept»-Pillenliste

«das konzept» gibt gratis eine Liste von Ärzten ab, die die Verordnung von Empfängnisverhütungspillen auch an unverheiratete Frauen oder Mädchen liberal handhaben. «das konzept» kann Ihnen auch Ratschläge und Adressen für noch ausichtslosere Fälle geben. Schriftliche Anfragen an: «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich. Frankiertes und adressiertes Antwortcuvert bitte nicht vergessen.

Studentenpreise! Wissen Sie, dass wir Spezialisten sind für
DISSERTATIONS-DRUCK
 (auch SEMESTERARBEITEN, SKRIPTEN, BROSCHÜREN UND BÜCHER)
 und deshalb besonders vorzuziehend, qualitativ hochstehend und schnell arbeiten. Wir erledigen auch zuverlässig alle administrativen Umtriebe gratis für Sie. Für Schreibarbeiten haben wir gute Empfehlungen.
 Eine Anfrage lohnt sich auf jeden Fall. Wir stehen Ihnen für alle Auskünfte mit fachmännischer Beratung zur Seite.
 DRUCKEREI SCHNEIDER, Asylstrasse 144, 8032 Zürich,
 Tel. (01) 53 69 33

Sss Studenten-Schreib-Service & Sss Print

Für Reinschrift und Druck sämtlicher wissenschaftlicher Arbeiten!

Tel. (01) 32 00 88
 Sonneggstr. 26 8006 Zürich

Gruppendynamische Klausurtagungen
 Wochenenden, langlaufende Studien- und Balintgruppen

Verlangen Sie den ausführlichen Prospekt:
 GAG Gesellschaft für Analytische Gruppendynamik
 Arbeitsgemeinschaft Schweiz
 Wangenerstr. 5
 8307 Effretikon Tel. (052) 32 51 68

Farben
 zum selber Malen
 und die gute Beratung bei
CANONICA!
 + Co
 Schaffhauserstrasse 6
 (vis-à-vis Krone)
 Tel. (01) 26 30 61, Zürich
 Alles zum Malen

Ihre **DISSERTATION** schreibt und druckt zu vernünftigen Preisen

Gysin
 Ruedi Gysin AG Haus der Reproduktion
 Im esernen Zelt 31, 8057 Zürich, Telefon 01/60 16 66
 Filiale 8050 Zürich-Ostfeldstr.
 Hugogasse 2 / Ecke Schwamendingenstrasse, Telefon 01/46 22 33

Wo erhalten Sie beim Kauf von 10 gleichen Büchern Mengenrabatt?
Natürlich beim Buchhändler

VSETH-Seminar zu «Zwangskörperschaft»

Geplagte Studentenschaften

Die verfasste Studentenschaft steht heute im Schussfeld jener Kreise, man mag sie in der Hochschulverwaltung oder in rechtsstehenden Parteien und deren Ablegergruppen an den Hochschulen suchen, welchen schon immer fortschrittliche Studentenpolitik ein Dorn im Auge war. Ganz zu schweigen von jenen, welche jede Art studentenpolitischer Meinungsäusserung ablehnen. Mit von der Partie sind aber vor allem diejenigen, welche schon immer die studentische Politik in den «Griff» bekommen wollten, aber angesichts der aktuellen Mehrheitsverhältnisse in den Studentenparlamenten

ihren Einfluss verloren haben. Nun versuchen jene Gruppierungen ausserhalb der verfassten Körperschaft die Zerschlagung der Studentenschaft voranzutreiben. Ihre Bemühungen scheint einwilligen Ansehen der Gerichte zu sein. Doch wie stellen sich die Studierenden an der ETH zu diesem Problem? Um dieser Frage nachzugehen, veranstaltete der VSETH im vergangenen Dezember ein Seminar zum Thema «Probleme der Studentenschaft». Geladen waren neben Schulleitung und AVETH (= Assistentenverband) Vertreter der verschiedenen politischen Parteien.

Eine «Grundwelle», wie Christof Wehli in seinem «NZZ»-Artikel richtig bemerkt, hat dieses Seminar nicht ausgelöst. Wenn auch der Zulauf im erwarteten kleinen Rahmen blieb (etwa 80 bis 100 Personen nahmen an den Veranstaltungen teil), kann doch von einem Erfolg gesprochen werden, wie die Reaktionen (Leserbriefe usw.) von Studenten und anderen ETH-Angehörigen beweisen. Die erste Veranstaltung konfrontierte die Meinungen von ETH-Präsident Ursprung und Rektor Zollinger mit denjenigen des VSETH und der AVETH.

glauben, dass die ETH-Verantwortlichen der Frage studentischer Organisation keine grosse Bedeutung zusprechen. Der zweite Abend brachte in vieler Hinsicht Neues und Interessantes zum Thema Zwangskörperschaft.

Zum Beispiel Basel
Beat Martin von der Basler Studentenschaft orientierte die Teilnehmer des Seminars über die Situation an der Basler Uni. In Basel, wo die verfasste Studentenschaft

in der deutschen und der welschen Schweiz zu sprechen. In Lausanne, Neuenburg und Genf wurden zu Beginn der 70er Jahre die Studentenschaften von trotzkistischen Gruppen «selbst aufgelöst», weil sie in ihnen ein bürokratisches Instrument sahen. In der Zwischenzeit wurden in Lausanne die Zwangsbeiträge durch die Universität weiterhin eingezogen und auch ein Teil dem VSS überwiesen. Hier versuchen nun einige Leute vom KJV (Kommunistischen Jugendverband), die Studentenschaft wieder aufzubauen. Auch in Genf haben sich verschiedene Fachschaften und nationale Organisationen neuerdings zu einem Dachverband zusammengeschlossen.

In Freiburg scheint die Zwangskörperschaft im Augenblick trotz Angriffen

relativ gesichert, nicht zuletzt weil sich auch der STV für sie ausgesprochen hat. Obwohl die Studentenschaft der Uni Bern im Vergleich zu anderen Studentenschaften eine gemässigte Politik betrieb, geschah gerade in Bern die spektakulärsten Ereignisse, wie Institutsbesetzungen, Sprengung der Veranstaltung mit Oberstkorpskommandant Hirschy, usw., wobei diese Aktionen hauptsächlich von ausseruniversitären, trotzkistischen Gruppen angeregt wurden. In der Folge wurde der Studentenschaft die Finanzautonomie entzogen und eine «Kasse für studentische Angelegenheiten» eingerichtet, bei der nun die Studentenschaft, aber auch Fachgruppen und andere Gruppierungen Finanzbeiträge stellen müssten. Da die Studenten sich weigerten, bei dem angebotenen Stimmverhältnis von 1:5 in der Kasse mitzuarbeiten, haben sie heute keinerlei Einblick in die Politik und die Entscheidungsprozesse der Kasse. In nächster Zeit ist dieser Entschluss falsch gewesen zu sein. Die Studentenschaft ist nun in der misslichen Lage, dass sie nicht weiss, was sie machen soll: Soll sie sich als Zwangskörperschaft auflösen, um wieder mehr Aktionsfreiheit zu gewinnen, oder kann sich die Zwangskörperschaft retten, indem sie sich brav genug verhält? (wird fortgesetzt)

Barbara Haering, Georg Hodel

Divide et impera!

Während die Verbände für eine verfasste Körperschaft plädierten, wandte sich der ETH-Präsident gegen eine solche Institution. Ursprung glaubte, wenn es für die Schulleitung wichtig wäre, die Meinung der Studenten einzuholen, solle dies durch Urabstimmungen geschehen. Seiner Ansicht nach können in diesem Fall Meinungen mit Ja oder Nein erfasst werden, denn die Fragestellung lautet nicht «Welche Meinungen vertreten die Studenten?», sondern «Haben die Studenten dieselbe Meinung?». Zudem trete er für Mitsprache, nicht für Mitbestimmung ein, daher seien einzig Urabstimmungen repräsentativ, dies im Gegensatz zu einer verfassten Studentenschaft, wo er die Meinungs- und Vereinsfreiheit bedroht sieht. Dienstleistungen (Polybuchhandlung, Verlag der Fachvereine, SSR, Kultur- und Filmstelle, WOKO, SAB, studentische Presse, um nur einige zu nennen. Anm. Red.) würden von der Schulverwaltung übernommen, da diese von ihr effizienter ausgeführt werden könnten. Politischen und anderen Gruppierungen sei eine Organisation auf privatrechtlicher Basis möglich, allenfalls könnte man auf Fachvereine auf Abteilungebene zurückgreifen, solange sich diese ausschliesslich mit unterrichtsspezifischen Fragen beschäftigen; ein Dachverband dränge sich hier nicht auf.

Die ETH ein Theater

Rektor Zollinger, bekannt für besonders originelle Vorträge, verglich die ETH mit einem Dienstleistungsbetrieb in der Art wie die SBB oder VBZ. Die Studenten seien Benutzer dieses Dienstleistungsbetriebes oder bestenfalls «Besucher», vergleichbar mit jenen, die eine Theatervorstellung besuchen. Da genannte Institutionen kein «Benutzerorganisation» kennen, sei eine ebensolche an der ETH nicht notwendig. Zollinger versuchte dann gewisse Parallelen zwischen der Schulleitung und der Exekutive auf Gemeindeebene zu ziehen. Von Zeit zu Zeit könne man ja zu sogenannten Gemeindeversammlungen aufrufen; wie dies vor sich gehen soll, war ihm nicht ganz klar, irgendwie würde man da schon einen Weg finden. Bedauerlicherweise wurde von den Vertretern der Schulleitung inhaltlich nicht mehr geboten. Man ist versucht zu

Verband der Studierenden an der ETH Zürich VSETH



den Studenten auf Betreiben von vier Studenten per Gerichtsentscheid aufgelöst wurde, zeigte es sich, dass damit nur die Institution, nicht aber die Idee der organisierten Studentenschaft getroffen wurde. Es gelang in kurzer Zeit, wieder eine schlagkräftige Studentenorganisation auf die Beine zu stellen, welche trotz erheblichen finanziellen Einschränkungen durch ihre offenbar überzeugende Arbeit eine grosse Zahl von Mitgliedern gewinnen konnte.

Etwas ein Fünftel der Studenten organisiert sich in der linken Hochschulgruppen, insbesondere der PSB (Progressive Studenten Basel), getragenen Basler Studentenschaft, welche heute aber nicht nur von den Linken gestützt wird. Bestrebungen seien im Gang, die Bündnisfähigkeit und das Öffnen der Politik zur Mitte hin zu orientieren, teilte Beat Martin mit, eine Notwendigkeit für eine Massenorganisation, wie er meinte. Mit einer Basis von 1050 Mitgliedern ist die Basler Studentenschaft heute in der Lage, die gewohnten Dienstleistungen wie zu früheren Zeiten zu erbringen. Angriffe auf die verfasste Studentenschaft richteten sich naturgemäss nicht gegen die Fachvereine, da hier die Arbeit sehr konkret dem Studieninteresse galt, sondern vielmehr gegen den Zentralverband. Heute arbeiten die Basler Studentenschaft und die Fachvereine wieder eng zusammen, so dass die Bindung der Studenten an die neue Organisation gefestigt werden konnte. Es zeigte sich hier, dass keine der rechtsstehenden Gruppierungen fähig war, eine Alternative zur Studentenschaft aufzubauen. Mit der Einführung des neuen Uni-Gesetzes in Basel wird im Grossen Rat wieder die Möglichkeit einer Zwangskörperschaft diskutiert, welche freilich unter strikter Kontrolle einer Aufsichtsbehörde mit direkten Interventionsmöglichkeiten stünde.

FREIHOFER'S
Wissenschaftliches Antiquariat
Naturwissenschaft
Medizin
Technik
Psychologie
Sonneggstrasse 21
8006 Zürich
Telefon 01/60 42 82



Gesamtschweizerische Studention

Mathias Bohnert, ehemaliges Vorstandsmitglied des VSS kam anschliessend auf die Lage der Studentenschaften

Rechtsberatung REBEKO

Der Stipendienfall H. Z.

Die Rechtsberatungskommission (REBEKO) hat letzthin einen interessanten und – wie es scheint – bezeichnenden Fall zu behandeln gehabt. Es lohnt sich, ihn einem breiteren Kreis bekannt zu machen.

H. Z. ist Glarner Kantonsbürger, hat aber immer im Kanton Aargau gelebt. Dieser Kanton hat ihm denn auch regelmässig Beiträge für sein Studium in Zürich (Uni) gewährt. Als der zweite Bildungsweg studierende H. Z. Ende 1975 in Zürich Wohnsitz nahm, erhielt er auf gewöhnliches Gesuch hin von den Aargauer Behörden plötzlich einen ablehnenden Bescheid. Dieser stützte sich auf das Stipendengesetz von 1968, namentlich auf die Tatsache, dass H. Z. weder Kantonsbürger ist noch seinen Wohnsitz im Kanton hat, der Aargau mithin zur weiteren Gewährung von Stipendien an H. Z. nicht mehr kompetent sei. H. Z. wandte sich sodann an die Stipendienberatung beider Hochschulen in Zürich. Ein von ihm eingereichtes Gesuch wurde jedoch abgelehnt. Die Zürcher Behörden hielten sich ihrerseits aufgrund der Verordnung von 1974 und des Reglements von 1975 (vor allem von § 4.1.1.) ebenfalls für nicht kompetent zur Ausrichtung von Stipendien an H. Z.

Dagegen rekurrierte der Gesuchsteller an den Erziehungsrat, im wesent-

lichen mit folgender Begründung: Das Bundesgesetz von 1965 über die Gewährung von Beiträgen an die Aufwendungen der Kantone für Stipendien, namentlich Art. 7, knüpfte deren Gewährung an die Bedingung, dass die Kantone (und Beitragsempfänger) selber in ihren Stipendienbestimmungen «keine «Karenzfristen» einführen werden oder bereits eingeführt zu sein aufheben. Der Kanton Zürich geniesst nun die Ausrichtung solcher Beiträge des Bundes. Der § 4.1.1. des Reglements von 1975 ist aber nichts anderes als eine solche Karenzfrist. Diese Bestimmung, die nach und trotz den klaren, vom Bundesgesetzgeber auferlegten Bedingungen eingeführt worden ist, darf, weil bundesrechtswidrig, keine Anwendung finden. Der Kanton Zürich muss sich demzufolge im Falle H. Z. kompetent erklären.

Die ganze Angelegenheit hat nebenbei einen pikanten Aspekt: In Bern weiss man Bescheid über diese Angelegenheit. Die logische Folgerung aus dieser Erkenntnis wäre aber, dass man den Bund anhalten würde, die Zürcher Regierung aufzufordern, die fraglichen Bestimmungen aus der Welt zu schaffen. Es scheint freilich niemand etwas zu unternehmen. Wer möchte sich denn schon wegen eines solchen Anliegens exponieren?

Schliesslich kann man noch feststellen, dass H. Z. Unrecht widerfahren ist; er erfüllt die materiellen Voraussetzungen zur Erlangung von Studienbeiträgen in jeder Beziehung, sieht sich aber von den angegangenen Behörden hingehalten. Niemand will kompetent sein.

Der Rekurs ist zurzeit noch pending. REBEKO

Kontrast zum Stress des Studententags

Meine Ansichten über die Physikgebäude auf dem Höngerberg unterscheiden sich zum Teil stark von denen Beat Schweingrubers. Nachstehend also die Gedanken, die mir beim Lesen des Artikels gekommen sind. Das «Sexagon» ist mir nie respektlos vorgekommen. Seine Merkmale sind Licht (5 Seiten bestehen aus Glas) und Ruhe. Ein wohlthuender Kontrast zum Stress des Studententags. Dann die für ein Gebäude der exakten Naturwissenschaft geradezu phantastische Idee, das Sechseck zugrunde zu legen: Das einzige regelmässige Vieleck neben dem starren Quadrat, das sich zur Flächenaufteilung verwenden lässt. Die Idee wurde konsequent angewandt: Grundriss, Bodenplatten, lackierte Holzdecke, Lampen, Säulen: Das Sechseck wirkt nicht starr, sondern lebendig. Die automatische Eingangstüre ist die angenehmste Türe der ganzen ETH. Auch den Rentnern gefällt es offensichtlich auf dem Höngerberg, denn die Mensa wird jeweils nachmittags zum AHV-Treffpunkt umfunktioniert, und als Student findet man kaum noch Platz. Zu den Stühlen: Im Gegensatz zum Zentrum (Klappe auf, Klappe zu) sind die Stühle auf dem Höngerberg so konstruiert, dass man durch die Sitzriemen gehen kann, ohne dass überhaupt jemand deswegen aufstehen muss. Es zeugt von der Weitsichtigkeit des Architekten, dass er daran gedacht hat, auch ein Student eine Vorlesung ja auch einmal vorzeitig verlassen könnte ...

Barbara Haering, Georg Hodel



Klotziger Gigantismus

Ich hatte als Arbeiter diesen Dezember während etwa einer Woche neben meinen Isolationsarbeiten am Brunnen im «Sexagon», die Gelegenheit, das Verhalten der Besucher und Benutzer beim Eintreten in die St.-Technicus-Kathedrale zu beobachten. Besonders die Rentner und die Mütter mit ihren Kindern, also die Finanzier aufgebracht zu haben für die voluminöse Bauweise. Die scheinbare Luxusart passt eben wahrscheinlich besonders gut ins Bild der Werkstätten von der Bruststätte des technischen Fortschritts. Dass nun aber Beat Schweingrubers «Sexagon» geradezu die Wiedergeburt faschistischer Bauweise gesehen haben will, finde ich schon etwas stark. Gewiss, der klotzige Gigantismus, der auf dem ganzen Höngerberg zur Anwendung kam und im «Sexagon» seine Krönung fand, schlägt nachhaltig auf das Gemüt. Trotz seiner gewaltigen Dimensionen hat man unwillkürlich das Gefühl, sich beim Eintreten ducken zu müssen; aber das passiert mir auch in jeder grösseren Kirche ... (Amüsiert hat mich wieder einmal die Behauptung, wonach das «Steinersw» von Architekten gebaut worden sein soll. Ich habe nämlich noch nie davon gehört, dass zehn Architekten ohne einen Bauarbeiter ein Haus aufgestellt hätten; aber Arbeiter haben schon ohne Architekten ganze Städte gebaut.) Hartmuth F. Attenhöfer

Roman Mäder, stud. math. ETH

Störungen wegen «unangenehmen» Klimas

«Geschichten aus dem Höngerberg» – «zürcher student» Nr. 7/76, Dezember 1976. Der Umzug auf den Höngerberg Mitte Februar 1976 hat mir ausser einem längeren Arbeitsweg auch gesundheitliche Probleme eingebracht. Knapp zwei Monate nach dem Einzug konnte ich eines Tages meinen rechten Arm nicht mehr heben und den Kopf kaum mehr drehen. Etwas beunruhigt suchte ich einen Rheumaspezialisten auf, der zuerst die Frage stellte: «Arbeiten Sie in Störungen klimatisierten Büro?» Die Muskelverkrampfung musste mit Spritzen und Tabletten behoben werden. Kurz darauf reduzierten herbeigerufene Klimafachleute die ins Büro eingeblasene Luftmenge, doch blieb trotzdem ein leichter Luftzug spürbar. Im Spätsommer stellten sich dann auch prompt wieder ähnliche Symptome ein, die erneut ärztlich behandelt werden mussten (Spritzen, Tabletten, Rotlichtbestrahlung, Massage und Gymnastik). Weitere Reklamationen führten zum Besuch einer ETH-Equipe, welche mit Hilfe

Baustil ist Geschmackssache

Weshalb eigentlich diese durchweg destruktive Kritik am Höngerberg? Die Gebäudeanordnung und der Baustil sind doch wirklich Geschmackssache, mir gefällt der Höngerberg jedenfalls. Ein «einschüchterndes Raumerlebnis» habe ich in der Eingangshalle des HPH nie gehabt, die Lüftung zieht nicht mehr und nicht weniger als in den neuen Hörsälen des ETH-Zentrums. Dass eine Klimaanlage überhaupt nötig ist, wird wohl niemand bestreiten. Warum diese ironischen Bemerkungen über die Autarkieplätze für Studenten, statt sich zu freuen, dass die Studenten – die sonst immer «die letzten im Umzug» sind – hier auch berücksichtigt wurden. Schliesslich fährt nicht jeder mit der VBZ auf den Höngerberg. Sicher, heute würde nicht mehr so grosszügig geplant. Das berechtigt uns aber keinesfalls, auf solche Art über diese Gebäude zu schimpfen. Wir Studenten haben ja wohl mit unseren Einkommesteuern den geringsten Beitrag daran geleistet. Matthias U. Wehrli

jeans-Fundgrube

1 Paar Fr. 25.-
3 Paar Fr. 60.-
Nur bekannte Marken
Jeans-Shop Willy Korn
Rigipplatz Universitätstr. 102

Der International Students' Club

Unterhaltung für ausländische Studenten

Eine gute Möglichkeit, in Zürich (abends) zu überleben, ist der International Students' Club (ISC) am Augustinerhof 1, unweit des Paradeplatzes. Der Club besteht seit Beginn der sechziger Jahre und hat den Zweck, ausländischen Studierenden an den Zürcher Hochschulen einen Treffpunkt zu bieten, an dem sie schweizerischen Kollegen begegnen können. Männliche Mitglieder (ab 18 Jahren) müssen eine Legi haben, weibliche nicht. Die Schweizer Mitglieder sind augenblicklich sehr stark vertreten, doch an den beliebten Nationalabenden, an denen je nach Nation Genever, Akavit oder Jamaica-Rum in Strömen fliesst, spricht oft nur jede(r) dritte Schweizerdeutsch.

Der ISC ist aber auch ganz einfach ein idealer Ort, um Kontakte anzuknüpfen. Der Club zählt rund hundert Ausländer aus über zwanzig Nationen; von sonst im biern Zürich kann man sich am selben Abend mit einem Schwarzen über die Weissen, mit einem Polen über die Russen und mit einer Finnin über die Vorteile des gemischten Dampfbades unterhalten? Wenn dich solches interessiert, dann versuch es doch einmal mit einer Probe-mitgliedschaft bis Ende April 1977. Komm einfach einmal mittwochs, freitags oder samstags vorbei (am besten zwischen 21 und 22 Uhr), bring falls männlich, deine Legi mit und beziehe eine Einladungskarte, die dir dreimal Eintritt verschafft. Oder komm an einen «Aufnahmeabend» (im WoKa/Wöbù publiziert) und werde direkt Mitglied (Legi, 2 Passfotos). Im dir die Bekanntheit mit dem ISC noch zu erleichtern, veranstalten wir vom 12. Januar bis 19. Januar 1977 eine «Woche der offenen Tür»: Wir lassen in dieser Zeit jedermann gratis herein, bis der Klub voll ist. An allen Tagen (außer am Samstag) finden auch Mitgliederaufnahmen statt. Und noch etwas: Wenn du einen Ausländer kennst, der hier studiert und sich abends langweilt: bring ihn mit! Und wenn du eine Ausländerin kennst, die nicht studiert, aber sich auch langweilt: bring sie ebenfalls.

Musig am Määntig

Los Kusis

Musig am Määntig, 17. Januar 1977, 20.30 Uhr, Untere Mensa Uni, Eintritt 4/6 Fr. «Musig am Määntig» begann in der ersten Hälfte dieses Semesters mit einem qualitativ fulminanten Start, so dass für alle ein grosser Eindruck zu verzeichnen war. Und es mag für «Musig am Määntig» sprechen, wenn es im neuen Jahr gleich so weitergeht. Am 17. Januar wird die bolivianische Gruppe «Los Kusis» zu hören und zu



sehen sein. Ihre sprühende, fast besessene Musikalität und die Beherrschung ihres reichhaltigen Instrumentariums wie Charango, Gitarre, Quena Pinkillo, Tarka, Zampona, Bombo usw. haben diesen vier Südamerikanern auf ihren Touren durch Südamerika, Süd- und Europa (1974) nur Kritiken der Superlative eingebracht. Weiter zeichnen sich die Auftritte durch erstaunliche Ursprünglichkeit und Intensität aus, verbunden mit indianischen Elementen – sind doch heute noch fünfzig Prozent der bolivianischen Bevölkerung indianischen Ursprungs. So ist neben dem Spanischen auch das Quechua, die Reichsprache der Inkas, zu hören. Alles in allem bieten die vier Musiker, die sich in wundervoll bestickten Gewändern präsentieren, einen Einblick in die bolivianische Kultur, weit weg von dem leider auch in dieser Sparte üblich gewordenen Star- und Showkult.

Veranstaltungen

Musig am Määntig

Los Kusis 17. Januar, 20.30 Uhr, Untere Mensa der Uni, Eintritt 4/6 Fr. Bully Wee 24. Januar, 20.30 Uhr, Untere Mensa der Uni, Eintritt 4/6 Fr. Flötenrezital mit Raymond Meylan und Werner Giger, Klavier 31. Januar, 20.30 Uhr, Untere Mensa der Uni, Eintritt 4/6 Fr. «Zadig», Laientheater mit Schülern und Lehrlingen von Jürgen Hahn. 2./3./4. Febr., 20.00 Uhr, in der Unteren Mensa. Renaissanceemusik mit dem Ensemble Corollarium Mo. 7. Febr., 20.30 Uhr, in der Unteren Mensa.

Filmfest VSETH und Kulturstelle SUZ

Die Filmaufführungen der beiden Filmstellen sind in thematische Zyklen aufgeteilt. Eine ausführliche Dokumentation dazu ist an den Vorverkaufsstellen und an der Tageskasse für 3.20 Franken erhältlich. Eintrittspreise: für die Aufführungen an der Uni/ETH: 2 Fr. (Vorverkauf 1.50 Fr. bei SAB ETH-Mensa, Höngerberg, Uni-Kiosk)

für die Mittagsvorführungen im Kino City (Stüsslihofstr.) 3 Fr. an der Tageskasse. Der folgende Kalender der Filmvorführungen ist nach den thematischen Blöcken angegliedert.

«Kritischer Realismus» im neuen italienischen Film «Confessione di un commissario...» (1970). Von D. Damiani mit F. Nero, M. Belisim, C. Gora, 1970 12.13. Januar, ETH-HG F7, 19.30 Uhr «La Cina è vicina» (1967). Von M. Bellocchio mit G. Mauri, E. Tatoli, P. Bracciolini, D. Surina 19.20. Januar, ETH-HG F7, 19.30 Uhr «Film d'Amore e d'anarchia» (1972). Von Lina Wertmüller mit G. Giannini, M. Melato, E. Pagnò, L. Politi 26./27. Januar, ETH-HG F7, 19.30 Uhr Michel Soutter «Häschisch» (1967). Der zweite Spielfilm des Genfer Regisseurs mit E. Slob und D. Cattor. 2./3. Februar, ETH-HG F7, 19.30 Uhr

Persönlichkeitsspaltung im Film «Der Student von Prag» (Deutschland 1913). Von Stellan Rye mit Paul Wegener und John Gottowt 18. Januar, Kino City, 12.10 Uhr «Das Kabinett des Dr. Caligari» (Deutschland 1919). Von R. Wiene mit C. Veidt, W. Krauss, L. Dagerow, F. Feher 25. Januar, UNI-HS 118, 12.10 Uhr «The Innocents» (GB 1962). Von Jack Clayton nach Henry James mit Deborah Kerr

Mensa-Fäsch

Freitag, 28. Januar 1976 20.00-2.00 Uhr

Das traditionelle «Mensa-Fäsch» ist etwa nicht eines unruhlichen Todes gestorben, es ist noch am Leben und pulsimt, wie der sprichwörtliche Fisch im klaren Wasser. Es hat zwar einige Änderungen gegeben. So hat sich die Mensafest-Kommission mit der Kulturstelle zusammengetan, die beiden haben «fusioniert», wie das heute ja so üblich ist. Und dann war da noch das «Uni-Volkfest», wo männlich sich vergnügen und dem Laster des «Stichim-Taktie-Wiegens und Gegenseitig-Umherschlebens» (sprich: Tanz) hingeben konnte.

Aber jetzt kommt es trotzdem, das nächste Mensafäsch, und zwar mit Pauken und Trompeten und «Super Love». Nein, darunter machen wir es nicht. Nicht «Hot Love», nicht «Tender Love», nicht «Wild Love» und auch nicht «Romantic Love», nein jetzt kommt «Super Love», die Tanzband, die Dir den Rhythmus in die Knie und den Schweiß aus den Poren fahren lässt. (Man muss heute eine Gruppe knallhart anpreisen, wenn man mit «Good News» & Co. noch einigermaßen Schritt halten will.) Aber «Super Love» ist wirklich eine ausgezeichnete Band, für die «Soul», «Raggae» und «Funky» keine Fremdwörter sind. Zusammen mit einer Diskothek wird «Super Love» in der unteren Mensa für Non-Stop-Tanzvergnügen besorgt sein.

In der oberen Mensa wird eine Rockband mit verschiedenen Attraktionen abwechseln, damit Asthmatiker eine Verschnaufpause einlegen können. Und weil Du jetzt so richtig «gewundrig» geworden bist, verraten wir Dir erst recht nicht, was da alles passiert. Mosch halb choeuge... (6 Fr. für den Eintritt nicht vergessen!)

28. Jan., 20-02 Uhr in der Uni, Eintritt 6 Franken

Bully Wee

Montag, 24. Januar, 20.30 Uhr, Untere Mensa, Eintritt 4/6 Fr. Denkt man an eine Folkgruppe keltischer oder englischer Prägung, so bewegen sich die Gedanken in einer von zwei Richtungen – in Richtung akustischer traditioneller Gruppen wie Boys of the Lough, Bothy Band, High Lever Ranters (vielleicht auch Planxty), oder in Richtung progressiver Folk-Rock-Gruppen wie Steezy Span, Jack the Lad usw. Das wäre auch nicht grundsätzlich falsch. Aber auf der Folkszene '76 kann man sich eine Verschmelzung anderer Musikarten mit dem Folk vorstellen. Wie steht es mit Einflüssen aus der klassischen Musik oder aus dem Bereich des Jazz? Ebendiese Verschmelzungen findet man in der Musik der Gruppe Bully Wee. Sie besteht aus vier Musikern, zwei Schotten, John und Jim Yardley, einem Iren, Frank Simon, und (als einzigen Fremdkörper) dem Londoner Jan Cutler. Sie haben sich das Ziel gesetzt, Traditionelle schottische und irische Musik mit Jazz- und klassischen Einflüssen zu bereichern. Mit beachtlichem Erfolg. Wenn Frank Simon auf der Gitarre eine traditionelle Tanzmelodie plötzlich für das Folk-Publikum völlig in ungewöhnlichen Jazzakorden begleitet, begeistert das Publikum oft mit Staunen – und da kann man das Staunen nicht immer positiv bewerten. Aber Bully Wee lässt die Musik ihren Lauf nehmen, und wenn an einer Stelle solche Einflüsse zum dominanten Ort werden, warum nicht? Zusätzlich zum musikalischen Können besitzt die Gruppe eine beachtenswerte Fähigkeit, einen warmen Kontakt mit dem Publikum zu schaffen – ohne Tricks, ohne Gags – nur dadurch, dass sie gelöst und natürlich wirkt.

Musik der Renaissance und des Barock

Mo., 7. Febr. 77, 20.30 Uhr, Untere Mensa

Das Ensemble «Corollarium» widmet sich der Aufführung von Musik der Renaissance und des Barocks auf dem ihr gemässen Instrumentarium. Es versucht diese Musik des 15. bis 18. Jahrhunderts mit historischen Instrumenten und der lebendigen Spielweise der Zeit dem heutigen Publikum nahezubringen. Die Instrumente, die an der «Musig am Määntig»-Aufführung vom 7. Februar zu hören sind, sind Originale aus dem 15. bis 17. Jahrhundert nachgebaut und kommen meist in verschiedenen Grössen vor, da fast alle Instrumente in «Familien» oder «Chören» auftreten. Der Schwerpunkt des Instrumentariums liegt bei den Holzbläsern wie Schalmeien, Fagotten, Querflöten und Blockflöten. Dazu kommen die Violen samt das Violoncello (ein Instrument) sowie ein Singstimme. Auf dem Programm stehen Instrumentalwerke von deutschen Komponisten wie Schein (der die Canzon «Corollarium» schrieb), Scheidt und Pezel, eine Suite mit Tänzen englischer Meister, drei Madrigale des in München am Orlando di Lasso, die gemischt instrumental-vokal aufgeführt werden, und nach der Pause Lieder und Instrumentalstücke des in Zürich geborenen Ludwig Senfl und der Francoflamen Heinrich Isaak und Josquin des Prés. Die Mitglieder des Ensembles Corollarium lernten sich 1970 als Schüler von Prof. Helga Weber an der Musikhochschule Hamburg kennen und treffen sich regelmässig zur Probenarbeit, obwohl sie heute an verschiedenen Orten tätig sind. In Basel an der Schola Cantorum Basiliensis studieren in München Renate Hilbrand (Oboe, Blockflöte) Almut Treichler (Gesang, Blockflöte) und Käthe Wagner (Fagott, Blockflöte). Alle drei sind als Instrumentallehrer im Raum Basel tätig. Christine (Viola da Gamba, Blockflöte) und Klaus Holsten (Querflöte) leben in München, wo Klaus Holsten im Orchester der bayerischen Staatsoper spielt. Martin Nitz ist nach dem Studium von Cembalo und Blockflöte jetzt Dozent an der Musikhochschule Hamburg.

Wir freuen uns, auch auf dem Gebiet der klassischen Musik im Rahmen von «Musig am Määntig» mit diesem kommentierten Konzert gute Musik präsentieren zu können, die man in Zürich sonst kaum hört. kw/hjt

Flötenrezital von Raymond Meylan

Montag, 31. Januar, 20.30 Uhr in der Unteren Mensa Die Flöte ist ein traditionelles Instrument, wie wir dem Buch von Raymond Meylan entnehmen, sie ist zugleich ein sehr modernes Instrument, wie jeder Herbie-Mann-Fan weiss. Wir kennen Prof. Meylan als Leiter des Akademischen Orchesters, als grossen Theoretiker der Flöte, als denjenigen, dem wir die Filmmusik zu Martin Film «Ursula» oder das unwerte Leben zu verdanken haben. Wir haben Meylan eingeladen, im Rahmen von «Musig am Määntig» ein Flötenrezital zu geben, da wir wissen, dass wenige so wie er die Magie der Flötenmusik zum Ausdruck bringen können und Hund sehen. Als sich jemand im Namen der «Telefonzeit» beim Kommando der Stadtpolizei nach dieser Aktion erkundigte, tönte die Antwort etwa so: «... Polizei dort draussen? – Nein, das stimmt sicher nicht.» Als der Fragesteller erklärte, dass er keineswegs in einem Zustand gewesen sei, in dem er Polizisten erfinden würde, sagte man plötzlich: «... Ah ja, aber es hat nichts



Poly Nachtfest Freitag 21.1.77

Kosta und Kulturstelle VSETH

Polyfest

Freitag, den 21.1.1977, von 20 bis 2 Uhr in der neuen ETH-Mensa, Eintritt 5 Fr. Vorverkauf ab 17.1. bei SAB oder Belmont

Die KOSTA (Kommission für studentische Anlässe) und die Kulturstelle des VSETH haben in Zusammenarbeit ein Fest im grösseren Rahmen vorbereitet. Es war nicht unsere Absicht, etwas in der Form eines Polyfestes oder der Grösse eines Uni-Volkfestes zu organisieren, sondern ein Fest in der neuen ETH-Mensa im grösseren Rahmen als die Mensafeste der Uni. Unsere Idee ist es, nicht eine reine Tanzveranstaltung zu organisieren, sondern Tanz mit verschiedenen Darbietungen zu verbinden und daraus ein abendfüllendes Programm im Stil eines «Tanz-Cabarets» zu gestalten. Der Be-

sucher soll nicht nur Zuschauer sein, sondern soll auch mitmachen können. • Das neun-Mann starke Show- und Tanzorchester «Happy Jazz», das auf allen Sparten der Unterhaltungsmusik bestens bewandert ist, wird den musikalischen Rahmen bilden. • Die Tanzmusik wird durch verschiedene Künstler wie den Zauberer und Bauchredner «Pascal», der im Showgeschäft längst kein Neuling ist, unterbrochen. • Jive-, Samba-, Rumba-, und Cha-Cha-Darbietungen des akademischen Tanzklubs Zürich werden die Tanzfreudigen und Tanzinteressierten in die hohe Schule des Tanzes einweihen. • Im Lauf des Abends werden noch andere Künstler und Überraschungen zu sehen sein. Auch für das leibliche Wohl ist bestens gesorgt, vom Bier über den Wein bis hin zu den heissen Würstchen steht alles bereit.

es mehr als nur ein Gag. Das Programm für diesen «klassischen» «Musig am Määntig»-Abend ist vorwiegend romantisch und neoromantisch. Es enthält die wichtigsten Werke des Originalrepertoires aus diesen Epochen: Ludwig van Beethoven: Vier variierte Themen, Opus 107, Nr. 9, 10, 7 und 3/Schottische Weise: «O, du nur bist mein Herzensbub» und «Die Hochlandswache»/Russische Weise: «Schöne Minka, ich muss scheiden»/Tiroler Weise: «A Madel, ja a Madel»/Giovanni Donizetti: Sonate (1819), Largo – Allegretto. Franz Schubert: Introdution und Variation über «Ihr Blümlein alle», Opus 160. Sergei Prokofjef: Sonate in D-Dur, Opus 94, Andantino – Allegretto scherzando – Andante – Allegro con brio. Werner Giger wird Meylans Flötenrezital auf dem Klavier begleiten. Kust/hjt

mit der Sache zu tun gehabt. Ein Fehlalarm. Wir haben uns etwas anderes vorgestellt dort draussen.» Es nimmt uns wunder, wann bei einer Opernhauspremiere einmal so ein Fehlalarm vorkommt.

Aus dem Leben der Konzerne: diesmal Oerlikon-Bührle. Im Geschäftsjahr 1975 ist trotz Rezession die Umsatznahme vom Bührle im Bereich Militärprodukte um 48% angestiegen. Laut des neuesten Kreditanstalt-Bulletins ist in diesem Bührle-Zweig mit weiteren Umsatzsteigerungen zu rechnen.

SAB Selbsthilfegenossenschaft der Studierenden an der ETH Einladung zur 18. ordentlichen Generalversammlung: Freitag, 28. Januar 1977, 20.00 Uhr, im Hauptgebäude der ETH, HG F33.1 Traktanden 1. Wahl der Stimmenzähler, des Tagespräsidenten und der Protokollführer 2. Protokoll der 17. ordentlichen Generalversammlung 3. Jahresbericht des Obmanns 4. Abnahme der Jahresrechnung und der Bilanz. Bericht der Kontrollstelle. Entlastung der Verwaltung 5. Verwendung des Reingewinns 6. Wahl der Verwaltung 7. Varia Alle Genossenschafter sind herzlich eingeladen. Als Ausweis ist der Anteilchein mitzubringen Für die Verwaltung sig. H. Elmer

Telefonzeit 01/39 11 12 kurz und kritisch

Abgehört und aufgeschrieben

Das Thearena-Abschlussfest vom 18. auf den 19. Dezember war gegen zwei Uhr morgens beendet. Die Späthekehrer staunten nicht schlecht, als sie ganz in der Nähe der Roten Fabrik etwa 30 Polizisten mit Helm, Maschinengewehr und Hund sahen. Als sich jemand im Namen der «Telefonzeit» beim Kommando der Stadtpolizei nach dieser Aktion erkundigte, tönte die Antwort etwa so: «... Polizei dort draussen? – Nein, das stimmt sicher nicht.» Als der Fragesteller erklärte, dass er keineswegs in einem Zustand gewesen sei, in dem er Polizisten erfinden würde, sagte man plötzlich: «... Ah ja, aber es hat nichts